



Der Leitfaden wurde von Georgia Montague-Nelson vom Global Labour Institute (GLI) Manchester, VK, verfasst

https://www.gli-manchester.net/

Das GLI möchte sich bei all jenen bedanken, die mit Informationen und Feedback zur Erarbeitung des Leitfadens beigetragen haben.

Dieser Leitfaden beruht auf der Forschungsarbeit von Elena Pagnoni.



Ermöglicht wurde der Leitfaden dank der politischen und finanziellen Unterstützung der Friedrich Ebert Stiftung.

Design und Layout: m+m Studios, Südafrika

Datum: Januar 2022

Fotos: Mike Erskine, Unsplash | MediaClub



Die IUL blickt auf eine 100-jährige Geschichte im Kampf um Arbeitnehmerrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zurück. Wir stehen bis heute hinter den arbeitenden Menschen, die sich zur Wehr setzen und ihre Rechte einfordern, und zwar so lange, bis sie gewonnen haben.

Das 21. Jahrhundert stellt die Menschheit vor eine beispiellose Krise. Sie droht, die Zahl der unter Mangelernährung und gewaltsamen Konflikten leidenden Menschen zu vervielfachen. Sie droht, Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen zu vernichten und Menschen in nie dagewesener Anzahl zu vertreiben.

Die Klimakrise lässt sich nur lösen, wenn wir parallel dazu um Rechte, Gleichstellung und Gerechtigkeit kämpfen. Es geht um unsere Zukunft. Mit anderen Worten: Wir kämpfen für ein Ernährungssystem, das ausbeuterische und extraktive Methoden ablehnt und sich im Einklang mit einer stabilen Umwelt und einem stabilen Klima erneuert. Das ist untrennbar mit dem Kampf um Rechte, Gleichstellung und Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer/innen der Welt verbunden.

Sue Longley, IUL-Generalsekretärin

ABKÜRZUNGEN

CAFO Concentrated animal feeding operation/Massentierhaltung

CO2 Kohlendioxid

CONTAG National Confederation of Workers Rural Farmers and Family Farmers

EFTA Europäische Freihandelszone

FAO Welternährungsorganisation

HKMP Gewerkschaft Hind Khet Mazdoor Panchayat

IAO Internationale Arbeitsorganisation

IPCC Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaänderung

ITUC / IGB Internationaler Gewerkschaftsbund

IUL Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-,

Catering- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften

KUSPAW Kenya Union of Sugar Plantation and Allied Workers

NNF Lebensmittelarbeiter-Gewerkschaft (Dänemark)

NGO Nichtregierungsorganisation

OHS Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

THG Treibhausgas

TNK Transnationaler Konzern

UFCW United Food and Commercial Workers Union (Nordamerika)

UN Vereinte Nationen

UNFCCC Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

USA Vereinigte Staaten von Amerika

VK Vereinigtes Königreich

WTO Welthandelsorganisation





INHALTSVERZEICHNIS

	Einle	eitun	g		8		
	LEI	TFA	DEI	N	10		
	A	Die	Kli	makrise verstehen	10		
		l.	Wá	s bedeutet Klimawandel?	10		
		II.	Die	e Klimakrise & die Massentierhaltung	12		
			A.	Die Hauptursachen für die THG-Emissionen in der Massentierhaltung	14		
			В.	Warum Massentierhaltung?	15		
		III.	Wā	rum ist die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaften?	19		
(В	Kor	ıkr	ete Maßnahmen	21		
		IV.	Da	s Ernährungssystem umwandeln	21		
			A.	Was bedeutet "gerechter Übergang"?	21		
			В.	Prinzipien für einen gerechten Übergang in der Fleischproduktion			
			С.	Was sind die Alternativen?	26		
				1. Agrarökologie			
				2. Demokratische lokale Ernährungssysteme			
		٧.	Die	e Gewerkschaften als treibende Kraft für einen gerechten Übergang	35		
			Α.	Am Arbeitsplatz			
			В.	Lobbying nationaler, regionaler und lokaler Regierungen			
			C.	Lobbying der internationalen Institutionen			
			D.	In der Gewerkschaft	43		
<u></u>	AR	RBEITSBUCH					
	Akt	ivitä	t 1:	Die Klimakrise verstehen	48		
	Akt	ivitä	t 2:	Wie sehr trägt mein Arbeitsplatz zur Klimakrise bei?	50		
			t 3:	Planen für einen gerechten Übergang	52		
			t 4:	Warum ist die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaft?	54		
	Akt	ivitä	t 5:	Verhandeln mit den Unternehmen	56		
	Akt	ivitä	t 6:	Aufbau einer Kampagne und Lobbying gegenüber Regierungen	61		

GLOSSAR

Agrardumping	Wenn Güter zu Preisen exportiert werden, die weit unter den Produktionskosten liegen. Das verleitet zu Überproduktion, verzerrt die Preise und senkt die Erträge der kleinen Landwirte. Die Auswirkungen spüren vor allem die einkommensschwachen Länder.		
Agrarökologie	Eine Lebensmittelproduktion im Einklang mit dem Klima und den Menschen. Sie bedeutet eine Abkehr von input-intensiven künstlichen Düngemitteln und Pestiziden zugunsten organischer Formen der Lebensmittelproduktion. Sie bedeutet außerdem die Umwandlung der ungleichen Machtverhältnisse im globalen Ernährungssystem.		
Agrochemikalien/Agrotoxine	In der Landwirtschaft eingesetzte Chemikalien. Dazu gehören z.B. Pestizide, Herbizide und Kunstdünger. Viele Agrochemikalien sind toxisch und stellen ein erhebliches Risiko für die Umwelt und die Gesundheit dar.		
Agroforstwirtschaft	Wenn auf Feldern oder Weideland für eine bessere Tierernährung Bäume und Sträucher gepflanzt werden.		
Anthropogene Treibhausgase	Vom Menschen verursachte Treibhausgase. Die drei wichtigsten sind Methan, Stickstoffoxid und Kohlendioxid.		
Biodiversität	Die Vielfalt der Pflanzen-/Tierwelt in einem bestimmten Habitat bzw. auf der Welt.		
Entkarbonisierung	Die Beseitigung bzw. Verringerung der Kohlendioxidemissionen.		
Erderwärmung	Die steigenden Durchschnittstemperaturen auf der Erde aufgrund der menschlichen Aktivität.		
Ernährungssicherheit	Wenn alle Menschen zu jeder Zeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichender, sicherer und nahrhafter Ernährung haben, die ihre Ernährungsbedürfnisse und Lebensmittelpräferenzen für ein aktives und gesundes Leben erfüllt.		
Ernährungssouveränität	Das Recht aller Völker, Gemeinden und Länder auf Selbstbestimmung über ihre Landwirtschafts-, Weideland-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Landnutzungspolitik, die ökologisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell mit ihren einzigartigen Umständen vereinbar ist. Darin enthalten ist das echte Recht auf Nahrung und Nahrungsmittelerzeugung, dass also alle Menschen das Recht auf eine sichere, nahrhafte und kulturell angemessen Ernährung und auf die Ressourcen für die Erzeugung der Nahrungsmittel haben sowie darauf, sich und ihre Gesellschaften selbst erhalten zu können.		
Erneuerbare Energie	Energie, die aus sich natürlich erneuernden Quellen gewonnen wird. Dazu gehören Wind, Wasser oder Sonne.		
Extensive Landwirtschaft	Wenn das Vieh über das natürliche Ökosystem/mit natürlichen Ressourcen gefüttert wird, etwa indem die Tiere auf Wiesen weiden. Das heißt, keine ganzjährige, mit Futtermitteln versorgte Bestallung (CAFO) mehr.		
Freihandelsabkommen/Handels- und Investitionsabkommen	Verträge zwischen zwei oder mehr Ländern, mit denen Handelsbarrieren abgebaut bzw. beseitigt und zu mehr Handel und Investitionen angeregt wird. Ein diesen Abkommen gemeinsames Merkmal ist die Begünstigung der Investorenrechte gegenüber den universellen Menschenrechten.		

Gerechter Übergang	Rahmenpolitik zum Schutz von Arbeitsplätzen, Einkommen und Lebensgrundlagen, die durch die Klimapolitik in Gefahr sind. Sie ruft auch zu einer sozio-ökonomischen Transformation der globalen Wirtschaft auf.
Greenwashing	Wenn ein Unternehmen/eine Organisation Werbung für eine umweltfreundliche/nachhaltige Initiative macht, um von umweltschädlichen Praktiken abzulenken.
Integrierte Tierhaltung	Das bezeichnet eine in den größeren Landwirtschaftsbetrieb integrierte Tierhaltung. Sie ermöglicht effizientere und nachhaltigere Systeme, weil mit eigenem Getreide und selbst produzierten Futtermitteln gefüttert werden kann.
Intensivtierhaltung	Form der landwirtschaftlichen Viehzucht, die darauf abzielt, die Produktion zu maximieren und die Kosten möglichst niedrig zu halten. Man nennt sie auch industrielle Tierhaltung oder "factory farming".
Klimawandel / Klimakrise	Die durch die Erderwärmung ausgelöste Veränderung der globalen Klimamuster. Sie hat ein kritisches Niveau erreicht und gefährdet die Existenzgrundlage von Milliarden Menschen.
Massentierhaltung (Concentrated Animal Feeding Operation/CAFO)	Ein System der tierischen Erzeugung; Nutztiere werden in großer Anzahl in geschlossenen Räumen gezüchtet und gehalten (ganzjährige Bestallung).
Mischbetriebe	Landwirtschaft, die Ackerbau und Viehzucht Seite an Seite betreibt. Vieh und Feldfrüchte wechseln einander ab, damit sich die Böden regenerieren können.
Monokulturen	Landwirtschaft, die immer nur eine Feldfrucht anbaut. Das trägt zur Ertrags- und Gewinnsteigerung und zur Kostensenkung bei.
Ökosystem	Eine Lebensgemeinschaft aus Pflanzen, Tieren und anderen Organismen, Witterung und Landschaft.
Rotationssysteme für Weideland	Die Herde wird zu einem anderen (frischen) Abschnitt der Weide/ Wiese getrieben, damit sich die Weiden ausruhen und durch frisches Wachstum regenerieren können, bevor wieder auf ihnen geweidet wird.
Subventionen	Geld von Regierungen/öffentlichen Einrichtungen, um einem Industriezweig dabei zu helfen, den Preis einer Ware niedrig zu halten.
Supply Management bzw. Angebotssteuerung oder Mengenregulierung	Ein System, das das Angebot kontrolliert und den Preis für tierische Produkte stabil hält. Die Angebotssteuerung verhindert Überproduktion und verhilft den Landwirten zu fairen und stabilen Einkünften, den Arbeitnehmer/innen zu fairen Löhnen und den Verbraucher/innen zu fairen Preisen. Große Konzerne und Politiker, die für Handels- und Investitionsabkommen eintreten, lehnen dieses System ab.
Tarifverträge	Schriftliche Vereinbarungen über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern im Rahmen von Tarifverhandlungen vereinbart werden.
Treibhauseffekt	Der natürliche Prozess, bei dem eine Gasschicht in der Atmosphäre (die Treibhausgase) verhindert, dass die von der Erdoberfläche abgestrahlte Sonnenhitze entweicht. Auf diese Weise bleibt die Erde warm genug, um Leben zu ermöglichen.
Zoonose	Eine Krankheit, die von Tieren auf Menschen übertragen wird.

EINLEITUNG

Die Klimakrise zerstört jetzt schon die Lebensgrundlagen erwerbstätiger Menschen auf der ganzen Welt. Besonders besorgniserregend ist die Krise für die Beschäftigten in der Viehwirtschaft, die im globalen Ernährungssystem zu den emissionsintensivsten Sektoren gehört. Ebenfalls negativ wirken sich auf den Sektor der Klimawandel und seine Folgen aus.

Die globale Transformation zu einem klimafreundlicheren, von nachhaltigeren Methoden geprägten Ernährungssystem ist dringender denn je. Sie stellt jedoch die Beschäftigten, deren Lebensunterhalt dabei in Gefahr gerät, vor gewaltige Herausforderungen. Damit die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht unter die Räder kommen, ist es dringend notwendig, dass die Gewerkschaften ein Mitspracherecht fordern und den Übergang in führender Position mitgestalten können. Das heißt: Sie müssen um einen **gerechten Übergang** kämpfen.

Mit gerechtem Übergang sind politische Rahmenbedingungen zum Schutz der Arbeitsplätze, Einkommen und Lebensgrundlagen gemeint, die durch die Klimapolitik in Gefahr geraten. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze vom Übergang betroffen sein werden, dürfen nicht auf der Strecke bleiben – sie müssen in die Planung des Übergangs eingebunden sein und der Übergang muss zur Schaffung grüner, menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze führen. Im weiteren Sinne – und um die eigentlichen Ursachen der Klimakrise zu bekämpfen – muss es auch zu einer tiefgreifenden sozio-ökonomischen Transformation der Weltwirtschaft kommen, also zu einer radikalen Abkehr vom gegenwärtigen System hin zu einer gleicheren, gerechteren und nachhaltigeren Welt. Deshalb müssen die Gewerkschaften auf der lokalen Ebene aktiv werden und die Transformation des globalen Ernährungssystems durch konkrete Maßnahmen unterstützen.

2017 billigte der 27. IUL-Kongress eine Entschließung, die die Klimakrise ins Zentrum der IUL-Arbeit rückte.¹ 2019 veranstaltete die IUL für die Mitgliedsorganisationen in den Fleisch-, Molkerei- und Landwirtschaftssektoren einen Klima-Workshop. Die Mitglieder verwiesen auf die Notwendigkeit politischer Richtlinien und Schulungsressourcen, um den Übergang zu einer klimafreundlicheren Lebensmittelindustrie unterstützen zu können. Die IUL gab eine Forschung in Auftrag. Der vorliegende Leitfaden stützt sich auf diese Arbeit.

An wen richtet sich der Leitfaden?

Der vorliegende Leitfaden zur Klimakrise richtet sich an Arbeitsplatzvertreter/innen und Delegierte der Gewerkschaften in den Fleisch-, Milch- und Landwirtschaftssektoren. Er richtet sich insbesondere an führende Gewerkschafter/innen und Betriebsräte der Gewerkschaften in der Landwirtschafts- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie, deren Mitglieder in den Bereichen Viehzucht und Fleisch- und Milchproduktion arbeiten, sowie an die Frauenausschüsse und an junge Arbeitnehmer/innen. Er ist von globaler Reichweite.

Welche Absicht verfolgt der Leitfaden?

Der Leitfaden ist als ein erster Schritt gedacht, um die Gewerkschaften mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten, damit sie die Bedingungen für einen gerechten Übergang in den Fleisch- und Molkereisektoren im Sinne der Beschäftigten beeinflussen können; er soll sie außerdem in die Lage versetzen, die für den Übergang und eine Bewältigung der Klimakrise dringend nötigen Lösungen vorzuschlagen.

Der vorliegende Leitfaden:

Schärft das Bewusstsein für die Auswirkungen der Massentierhaltung auf die Klimakrise;

¹ Siehe auch: https://www.iuf.org/de/what-we-do/policy-perspectives/climate-crisis/

- Vermittelt den Gewerkschaften ein Verständnis für eine alternative und nachhaltige Fleisch- und Milchindustrie sowie für Methoden, die die Emissionen in der Landwirtschaft verringern;
- Versetzt die Gewerkschaften in die Lage, konkrete Lösungen für eine Abmilderung der Klimakrise vorzuschlagen und aktiv zu werden, um im Sinne der Beschäftigten Einfluss auf die Bedingungen für einen gerechten Übergang im Fleisch- und Milchsektor zu nehmen;
- Ermutigt die Gewerkschaften, den gerechten Übergang in ihre Tarifverhandlungsagenda aufzunehmen – und zwar auf Betriebs- wie auf Unternehmensebene;
- Versetzt die Gewerkschaften in die Lage, mitreden zu können, wenn es darum geht, die politischen Richtlinien, Programme und Aktionspläne für den Übergang zu klimafreundlichen Unternehmen und Volkswirtschaften zu formulieren und zu vereinbaren:
- Versetzt die Gewerkschaften in die Lage, durch Lobbying der Regierungen den Übergang zu einem nachhaltigeren Ernährungssystem zu unterstützen;
- Ermutigt die Gewerkschaften zu Kampagnen gegen Freihandelsabkommen, die zu den negativen Auswirkungen auf das Klima beitragen;
- Trägt zu einer besseren Einbindung weiblicher Arbeitnehmer in die Verhandlungen über den Klimawandel in den Fleisch- und Milchsektoren bei.

Wie wird der Leitfaden benutzt?

Die vorliegende Unterlage besteht aus dem Leitfaden zur Klimakrise und einem Arbeitsbuch.

Der Leitfaden informiert über den Beitrag der Massentierhaltung zur Klimakrise; er erklärt, warum die Klimakrise eine Angelegenheit der Gewerkschaften ist; und er beschreibt konkrete Maßnahmen, die die Gewerkschaften ergreifen können. Der Leitfaden stellt das alles in einen breiteren politischen Zusammenhang. Es ist wichtig, dass die Gewerkschaften diesen Zusammenhang verstehen, denn er macht deutlich, wie notwendig ein Systemwandel ist, um die Klimakrise zu bewältigen. Die Gewerkschaften können die Informationen für die Formulierung ihrer konkreten Forderungen auf der lokalen Ebene nutzen.

Der Leitfaden kann von den Schulungsteilnehmer/innen in seiner Gesamtheit durchgearbeitet werden, also der Reihe nach mitsamt den zugehörigen Aktivitäten; alternativ könnt ihr aber auch jeden Abschnitt einzeln durcharbeiten; das hängt von eurem lokalen Kontext ab.

Der Leitfaden enthält:

- Kurze Unterweisungen zu den wichtigsten Themen;
- Weiterführende Ressourcen, die für zusätzliche Informationen und weiterführendes Lernen nützlich sein könnten;
- Beispiele guter Praxis bei den Gewerkschaften.

Konkrete Maßnahmen zur Klimakrise sind für die Gewerkschaften ein noch relativ neues Thema. Es gibt daher kaum konkrete Beispiele, die für diesen Sektor relevant sind; umso wichtiger ist es, dass die Gewerkschaften zur Klimakrise in den Tierproduktionssektoren aktiv werden. Der Leitfaden enthält dafür Beispiele aus anderen Sektoren.

Die im **Arbeitsbuch** enthaltenen Übungen sollen den Gewerkschaften zu einem besseren Verständnis der wichtigsten Probleme verhelfen und ihnen ermöglichen, für einen gerechten Übergang zu planen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Die Aktivitäten können eingesetzt werden, wie sie sind, oder an die lokalen Bedürfnisse angepasst werden.

Das Arbeitsbuch enthält:

- Anleitungen für die Schulungsleiter/innen; sie beschreiben die Zielsetzungen, die angestrebten Ergebnisse und die Art und Weise, wie die Aktivität durchzuführen ist;
- Arbeitsblätter für die Teilnehmer/innen;
- Weiterführende Ressourcen, die für die Schulung nützlich sein können.

LEITFADEN





DIE KLIMAKRISE VERSTEHEN

Dieser Abschnitt informiert über die Klimakrise und erklärt das Ausmaß, in dem die Massentierhaltung zur Klimakrise beiträgt.

- Seit dem 19. Jahrhundert sind die globalen Durchschnittstemperaturen infolge menschlicher Aktivität um über 1°C gestiegen
- Die steigenden Temperaturen verursachen den Klimawandel. Durch die Erwärmung kommt es zu steigenden Meeresspiegeln und zu immer häufiger werdenden extremen Wetterereignissen
- Ein globaler Temperaturanstieg von 1,5°C wird von der Wissenschaft als noch "beherrschbare" Grenze der Erderwärmung angesehen.²

I. WAS BEDEUTET KLIMAWANDEL?

Unser Planet befindet sich in einem kritischen Zustand. Der Klimawandel bedroht die Welt und er betrifft alle Arbeitnehmer/innen.

Mit Klimawandel ist die globale Veränderung der Klimamuster gemeint, die eine Folge der Erwärmung des Planeten ist. Dazu gehören:

- Steigende Temperaturen an Land und in den Meeren;
- Häufigere und extremere Wetterereignisse wie Hitzewellen und Dürren, Starkregen und Überflutungen, Orkane und Zyklone;
- Frühe Schneeschmelzen und das Verschwinden von Gletschern und Eis, was zu den steigenden Meeresspiegeln beiträgt.

Diese Veränderungen wirken sich auf die Menschen auf der ganzen Welt und auf den Planeten aus.

Der Klimawandel ist zu einem so dringenden Problem geworden, dass er gemeinhin auch als "Klimakrise" bzw. als "Klimanotstand" bezeichnet wird.

Was ist mit "Erderwärmung" gemeint?

Die Temperatur auf der Erde ist auf den natürlichen **Treibhauseffekt** angewiesen. Darunter versteht man eine Gasschicht in der Erdatmosphäre (*die sogenannten Treibhausgase*), die die von der Erdoberfläche nach oben abstrahlende Sonnenhitze einfängt. Da diese Hitze nicht entweichen kann, bleibt die Erde warm genug, um Leben auf dem Planeten zu ermöglichen.

Doch durch die menschliche Aktivität ist die Menge an Treibhausgasen (THG), die in die Atmosphäre ausgestoßen werden (**Emissionen**), stark gestiegen. Die vom Menschen und seinen Aktivitäten ausgelösten Treibhausgas-Emissionen (die **anthropogenen Treibhausgase**) werden hauptsächlich von drei Treibhausgasen verursacht:

 Methan, das hauptsächlich in der Landwirtschaft und durch die Lebensmittelverschwendung erzeugt wird

² Siehe auch (nur Englisch): https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-45678338

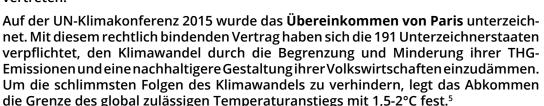
- Stickstoffoxid, das durch Düngemittel, tierische Abfälle (Gülle) und das Verbrennen von fossilen Brennstoffen und Holz erzeugt wird
- Kohlendioxid, das beim Verbrennen von fossilen Brennstoffen (Öl, Gas, Kohle) für die Energiegewinnung entsteht; und durch die Abholzung, die das in Bäumen gespeicherte Kohlendioxid in die Atmosphäre freisetzt und Kohlendioxid speichernde Pflanzen vernichtet.³

Da diese THG in der Atmosphäre bleiben, steigen die globalen Temperaturen. Das ist mit **Erderwärmung** gemeint. Seit dem 19. Jahrhundert hat die menschliche Aktivität zu einem Anstieg der globalen Jahrestemperaturen von über 1°Celsius geführt.

Das klingt nicht nach unbedingt viel, aber sollte es uns nicht gelingen, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C zu halten, werden die Folgen katastrophal sein – Zusammenbruch der jetzt schon fragilen Ökosysteme, Verdrängung ganzer Gemeinden, noch extremere Wetterereignisse, Ernährungsunsicherheit und gewaltsame Konflikte, da die Ressourcen knapp und viele Menschen keine andere Wahl haben werden, als abzuwandern.

Internationales Vorgehen gegen den Klimawandel

1992 verabschiedeten die **Vereinten Nationen (UN)** die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen/UNFCCC mit dem Ziel, die globale Erwärmung zu verlangsamen und ihre Folgen zu mildern. Seit 1995 finden jährliche Gespräche über das Klima statt (die UN-Kimakonferenzen/COP). An diesen Gipfelgesprächen, bei denen die im Umgang mit dem Klimawandel erzielten Fortschritte ausgewertet werden, nehmen alle Länder teil, die die Konvention unterzeichnet haben. Ebenfalls verhandelt werden die Verpflichtungen der Länder im Globalen Norden, ihre THG-Emissionen zu verringern. Gewerkschaften sind bei diesen Konferenzen nur eingeschränkt vertreten.⁴



Allerdings reichen den gegenwärtigen Maßnahmen nicht einmal annährend aus, um die Erderwärmung auf ein beherrschbares Niveau zu begrenzen.

2021 veröffentlichte der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen, auch **Weltklimarat** genannt, einen Bericht, in dem er davor warnt, dass die menschliche Aktivität das Klima auf unwiederbringliche Weise verändert. Ohne "unverzügliche, rasche und umfassende Verringerungen der Treibhausgasemissionen" wird es unmöglich, die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen – und die Klimazerstörung wahrscheinlich.⁶



⁴ Zum Engagement der Gewerkschaften siehe auch (nur Englisch): https://cop26coalition.org/about/the-coalition/



⁵ Zum Übereinkommen von Paris siehe auch (nur Englisch): https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement und https://youtu.be/WiGD0OgK2ug

Siehe auch (nur Englisch): https://www.ipcc.ch/2021/08/09/ar6-wg1-20210809-pr/ und für eine zugängliche Zusammenfassung des Berichts siehe: https://www.theguardian.com/science/2021/aug/09/humans-have-caused-unprecedented-and-irreversible-change-to-climate-scientists-warn

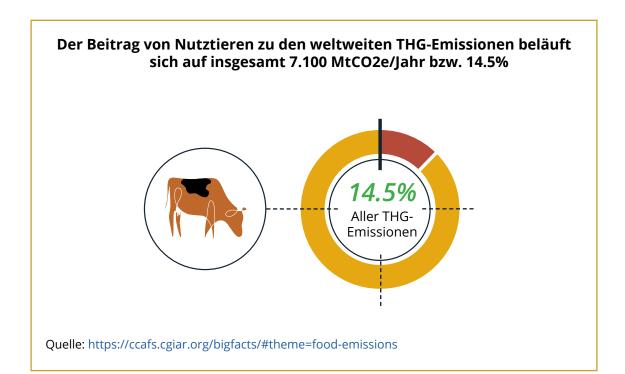
II. DIE KLIMAKRISE & DIE MASSENTIERHALTUNG

- Das globale Ernährungssystem ist für über 30% der THG-Emissionen verantwortlich.
- Die Lieferkettenemissionen in der Viehwirtschaft tragen mit ungefähr 14,5% zu den globalen Gesamtemissionen bei.
- Rinder sind die größten Emittenten; ihr Anteil an den Emissionen des Sektors beträgt rund 62%.
- Lateinamerika und Asien stoßen die größten Mengen an Treibhausgasen aus.

Die Klimakrise und die Viehwirtschaft

Die Klimakrise bedroht uns alle. Besonders besorgniserregend ist sie aber für die Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie. Und zwar deshalb, weil der Sektor von der Klimakrise zugleich betroffen ist und sich auf sie auswirkt.

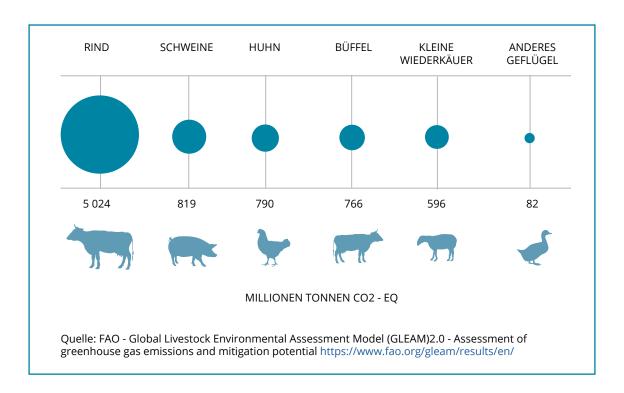
Das globale Ernährungssystem stößt über ein Drittel der vom Menschen weltweit verursachten THG-Emissionen aus. Die intensive Fleisch- und Milchproduktion (**Intensivtierhaltung**) ist der ressourcen- und emissionsintensivste Sektor in der Landwirtschaft. Sie verursacht 14,5% aller weltweit vom Menschen verursachten THG-Emissionen.⁷



⁷ Siehe auch (nur Englisch): http://www.fao.org/news/story/en/item/197623/icode/

Die **Intensivtierhaltung** (auch "industrielle Tierhaltung" oder "factory farming" genannt) ist eine Methode zur Fleisch- und Milchgewinnung, deren Schwerpunkt auf der Maximierung des Produktionsvolumens und der Effizienz zu möglichst geringen Kosten liegt. Im globalen Ernährungssystem von heute ist die Intensivtierhaltung das vorrangige Produktionsmodell für die Gewinnung von Fleisch- und Milchprodukten.⁸

Die **Massentierhaltung** (CAFO) ist die in der intensiven Tierhaltung am häufigsten eingesetzte Methode. Das sind Tierhaltungsbetriebe im industriellen Maßstab, in denen die Tiere (gewöhnlich Kühe, Hühner oder Schweine) in großer Anzahl auf engstem Raum gezüchtet werden. Anstatt auf der Weide zu stehen, wird das Futter für die Tiere herbeigeschafft. Die durch die CAFO-Systeme verursachten Emissionen und ihr Beitrag zur Umweltverschmutzung sind enorm: die von ihnen produzierten Abfälle (Gülle bzw. Mist) setzen Methan und Stickstoffoxid frei und werden in der Regel nicht richtig behandelt, so dass zusätzliche Schadstoffe – z.B. Chemikalien – in die Umwelt gelangen.



Die Emissionen fallen je nach Nutztier unterschiedlich aus. Die größten Emissionsverursacher sind die für die Fleisch- und Milchgewinnung gezüchteten Kühe. Sie sind für 62% der Emissionen des Sektors verantwortlich. Die Emissionen durch Schweine, Geflügel, Büffel und kleinere Nutztiere wie Schafe liegen generell auf einem niedrigeren Niveau. Sie tragen mit rund 7-11% zu den Emissionen bei.⁹



⁸ Siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/industrial-livestock

⁹ Zu den Auswirkungen der Massentierhaltung auf die Umwelt siehe auch (nur Englisch): http://www.fao. org/gleam/results/en/ und http://www.fao.org/3/i3437e.jpdf und https://www.iatp.org/documents/ livestocks-contribution-15c-pathway-0 und https://grain.org/en/article/6577-what-does-factory-farming-have-to-do-with-the-climate-crisis-comic-strip-edition

A. Die Hauptursachen für die THG-Emissionen in der Massentierhaltung

LEBENSMITTEL: TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN ENTLANG DER LIEFERKETTE













Landnutzungsänderung

Oberirdische Veränderungen der Biomasse durch Abholzung und unterirdische Veränderungen von Kohlenstoff im Boden



Methan-

Emissionen

durch Kühe.

Methan aus Reis.

Emissionen von

Düngemitteln,

Gülle und

Landmaschinen

Innerbetriebliche Emissionen durch durch Energiever-Getreideanbau und seine Verarbeitung zu Viehfutter

Verarbeitung

Emissionen brauch bei Umwandlung landwirtschaftlicher Rohprodukte zu fertigen

Lebensmitteln

Emissionen durch Energieinländischen und weltweiten Transport der Lebensmittel

Emissionden durch verbrauch beim Energieverbrauch bei Kühlung und anderen Verfahren

Emissionen durch Herstellung des Verpackungsmaterials, Materialtransport und Entsorgung von Altprodukten

Methan hat den höchsten Anteil an den mit der Massentierhaltung verursachten THG-Emissionen. Er beläuft sich auf 30% der weltweiten Methan-Emissionen. Kühe erzeugen Methan beim Verdauen des Futters (und stoßen es über ihre Mäuler aus).

In der Tierhaltung entsteht Stallmist bzw. Gülle. Wenn der Mist abgebaut wird, setzt er große Mengen an Methan und Stickstoffoxid frei. Diese Emissionen sind umso höher, je größer die Anzahl der in geschlossenen Räumen gehaltenen Tiere ist. Wenn Tiere in Ställen bzw. geschlossenen Räumen gehalten werden, muss der Mist entfernt oder entsorgt werden. Gülleverarbeitungssysteme (unter Einsatz von Wasser, um den Mist zu verarbeiten/ aufzubewahren, bis er als Düngemittel eingesetzt wird) sind für rund 9% aller THG-Emissionen der weltweiten Landwirtschaft verantwortlich.

Die stetig expandierende Tierproduktion bedeutet, dass die Herstellung von Futtermitteln (wie Mais oder Sojabohnen) mittlerweile mit fast 50% zu den Emissionen in der Viehwirtschaft beiträgt. Und zwar deshalb, weil für die Herstellung von Futtermitteln Flächen gerodet und umweltverschmutzende Agrochemikalien (Düngemittel/Pestizide) eingesetzt werden. Tiere, die unter Einsatz intensiver Tierhaltungsmethoden gezüchtet werden, konsumieren außerdem mehr Futter als sie produzieren. Der Anbau von Futtermitteln, um Tiere zu füttern, damit sie von Menschen gegessen werden können, ist sehr energieineffizient.

Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Emissionen ist eine Folge der Bodenbewirtschaftung mit synthetischen Agrochemikalien. Das führt zu Stickstoffoxid-Emissionen. Mehr als die Hälfte des Stickstoffs, der den Futterpflanzen zugefügt wird, verschmutzt anschließend die Böden oder die Oberflächengewässer oder die Luft. Er schadet der Gesundheit des Erdreichs. Zur Herstellung der Agrochemikalien müssen außerdem fossile Brennstoffe verbrannt werden, wodurch eine große Menge an Kohlendioxid in die Atmosphäre gelangt.

Die Lieferkette in der Viehwirtschaft verbraucht riesige Mengen an Energie – für die Landwirtschaft, die Fertigung, den Transport und die Kühlung der Produkte. Um diese Energie bereitzustellen, werden fossile Brennstoffe verbrannt und CO2-Emissionen verursacht (20% der THG-Emissionen stammen aus der Lieferkette in der Viehwirtschaft).

Durch Landrodungen für die Futtermittelproduktion und für Viehweiden entstehen 9% der Emissionen des Sektors. 80% der neuen Flächen für den Pflanzenanbau/die Weiden werden durch Abholzung (Beseitigung von Wäldern) gewonnen. Das setzt den in den Pflanzen gespeicherten Kohlenstoff frei und trägt zu den THG-Emissionen bei.

Die Massentierhaltung schadet der Umwelt noch auf andere Weise:

- Abholzung und Landverödung führen zum Verlust an Lebensraum für Wildtiere (Biodiversität);
- Extraktive industrielle Ackerbaupraktiken erschöpfen die Nährstoffe im Boden, da sie rascher aufgebraucht werden, als sie sich regenerieren können. Das bedeutet, dass der Boden verödet und es immer schwieriger wird, Pflanzen anzubauen;
- Agrochemikalien verschmutzen die Wasserversorgung;
- Der weitverbreitete Monokulturanbau (es wird immer nur eine Feldfrucht angebaut, um den Ertrag zu erhöhen und Kosten zu senken) benötigt übermäßige Mengen an Agrochemikalien und beutet die Wasserressourcen aus;
- Die Bewässerung der Futterpflanzen und der Wasserverbrauch für die Fleisch- und Milchproduktion beutet die Wasserressourcen aus;
- Die Verpackung der Produkte und die Lebensmittelabfälle verschmutzen die Umwelt;
- Der Transport von Lebensmitteln, die in weit entfernte Märket exportiert werden, verbrennt großen Mengen an fossilen Brennstoffen und stößt Kohlendioxid in die Atmosphäre aus.¹⁰

B. Warum Massentierhaltung?

In den letzten Jahren ist die **Nachfrage für tierische Produkte** gestiegen.¹¹ Angespornt wurde sie durch das Bevölkerungswachstum (*bis 2050 soll die Weltbevölkerung um weitere 2 Milliarden wachsen*), das Wachstum der Mittelschicht und die veränderten Lebensstile und Essgewohnheiten. Die Nachfrage wird auch künftig weiterhin steigen.

Parallel dazu kam es zum Aufstieg der **neoliberalen Agenda**, zur **Globalisierung der Lieferketten** und zu einer wachsenden Anzahl an **Handels- und Investitionsabkommen**, die von nationalen Regierungen und internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation (WTO) gefördert werden. Das führte zu einer weltweit steigenden Nachfrage für tierische Produkte und zur Expansion der Fleisch- und Milchmärkte, was wiederum zum Ausbau intensiver Produktionsmethoden und zu einem exportorientierten System der globalen Lebensmittelproduktion geführt hat, die in beiden Fällen das Klima zerstören.

Der internationale Handel mit Fleisch- und Milchprodukten stützt sich auf klimaschädliche Produktionsmethoden und verursacht gewaltige Mengen an THG-Emissionen. Handelsabkommen schränken zudem die Möglichkeiten der Regierungen ein, emissionsmindernde Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise zu setzen. ¹² Wenn wir keine alternativen Energiequellen finden und die Methoden in der Landwirtschaft so bleiben, wie sie sind, sind ein wachsender Welthandel und die Bewältigung der Klimakrise unvereinbar.

¹⁰ Zu den Ursachen der Emissionen in der Intensivtierhaltung siehe auch (nur Englisch): https://www.fao.org/3/i3437e/i3437e.pdf

¹¹ Zu den treibenden Kräften in der Lebensmittelverarbeitungsindustrie siehe auch: https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2018-Die-treibenden-Krafte-in-der-Lebensmittelverarbeitungsindustrie-in-den-kommenden-funf-Jahren.pdf

¹² Zu den Auswirkungen von Handel und Investitionen auf die Klimakrise siehe auch (nur Englisch): https://www.tjm.org.uk/documents/briefings/Alternative-Trade-for-the-PlanetFINAL.pdf

Handels- und Investitionsabkommen schaden dem Planeten

2019wurdezwischenderEuropäischenFreihandelszone(EFTA:Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island) und dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ein Handelsabkommen unterzeichnet. Viele der im Abkommen für den Export geförderten Landwirtschaftsprodukte gehören zu den größten Verursachern von THG-Emissionen. Das Abkommen soll die Mercosur-Exporte von Rindfleisch, Geflügel und Viehfutter und die EFTA-Exporte von Käse und Fisch ankurbeln, und das, obwohl die EFTA-Zone bereits ihre eigenen Fleisch- und Geflügelindustrien und der Mercosur seine eigenen Milch- und Fischverarbeitungsindustrien hat. Eine Umsetzung des Abkommens würde zu einer drastischen Steigerung der Emissionen führen.¹³

Der Druck zu immer größeren Gewinnen und immer mehr Effizienz hat dazu geführt, dass das globale Ernährungssystem, der Boden, auf den es sich stützt, und die Produkte, die es erzeugt, massiv **finanzialisiert** wurden (mit Finanzialisierung ist eine Machtverschiebung von der Realwirtschaft hin zu den Finanzmärkten gemeint). Infolge der über Jahre betriebenen Fusionen und Akquisitionen wird der Sektor heute von einer kleinen Anzahl transnationaler Konzerne (TNK) beherrscht, die dank ihrer finanziellen Macht die Kontrolle über die Lieferung, Verarbeitung und den Vertrieb von Fleisch- und Milchprodukten an sich reißen konnten. Diese Konzerne sind in erster Linie auf kurzfristige Gewinne und Erträge für die Anleger aus – u.a. durch unablässige Umstrukturierungen – und tun das auf Kosten des Klimas und zu Lasten der Rechte und des Wohlergehens der Arbeitnehmer/innen. Diese Konzerne tragen enorm zu den THG-Emissionen bei und nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um durch Lobbying der Regierungen und internationalen Institutionen darauf zu drängen, dass sie Handel und Investitionen im Interesse der Konzerne erleichtern und Einfluss auf die Landwirtschafts- und Klimapolitik nehmen. In

- Der Fleischsektor wird von den zehn weltweit größten Fleischverpackern beherrscht. Die ersten drei unter ihnen erwirtschaften Umsätze, die den Umsatz des Viertgereihten um das Doppelte bis Dreifache übersteigen;
- 2009-2010 überstieg die Fleischproduktion des brasilianischen Fleischriesen JBS die Gesamtproduktion der auf den Plätzen 11-20 gereihten größten Fleischunternehmen der Welt.¹⁶
- Insgesamt sind die fünf größten Fleisch- und Milchkonzerne für mehr THG-Emissionen pro Jahr verantwortlich als die Ölriesen Exxon, Shell oder BP.¹⁷
- Die 20 größten Fleisch- und Milchkonzerne stoßen mehr THG aus als ganze Länder mehr als Deutschland, Kanada, Australien oder das VK.¹⁸
- 70% der THG-Emissionen gehen auf das Konto von Konzernaktivitäten.¹8

¹³ Siehe auch (nur Englisch): https://grain.org/en/article/6662-efta-mercosur-another-low-blow-to-climate-peoples-rights-and-food-sovereignty

¹⁴ Zum Thema Finanzialisierung siehe auch: http://www.iufdocuments.org/buyoutwatch/Financialization-D. pdf und https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2020-Kurzfristige-finanzielle-Gewinnerwartungen. pdf und https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2007-Ein-Leitfaden-fur-Arbeitnehmer-zu-Firmenubernahmen-durch-privates-Beteiligungskapital.pdf

¹⁵ Zur Kontrolle der Konzerne über die Fleisch- und Milchindustrie siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp. org/milking-planet und https://www.iatp.org/documents/regulate-global-meat-and-dairy-companies-cut-methane-and-avoid-climate-breakdown

¹⁶ Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/blog/leaders-global-meat-complex

¹⁷ Siehe auch: https://grain.org/en/article/6052-emissions-impossible-wie-fleisch-und-milch-giganten-den-planeten-aufheizen

¹⁸ Siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/supersized-climate-footprint und https://grain.org/en/article/5690-the-global-dangers-of-industrial-meat

Die Handelsbestimmungen räumen der Agrarindustrie noch zusätzliche Vorteile ein. Durch die Liberalisierung der Bestimmungen können Fleisch- und Milchprodukte oft zu Preisen exportiert werden, die weit unter den Herstellungskosten liegen (das ist mit "Agrardumping" gemeint). Für die kleinen Landwirte in den Einfuhrländern hat das katastrophale Folgen – es senkt ihre Erträge und verzerrt die Preise. 19 Ebenfalls zum Vorteil von big business im Globalen Norden werden die negativen Auswirkungen der Dumpingpreise den einkommensschwachen Ländern einfach aufgebürdet. So wird Geflügel aus europäischen Ländern in Länder in Afrika exportiert, wo es die Geflügelbauern von den lokalen Märkten verdrängt und die ländliche Agrarwirtschaft zerstört. 20 Es werden damit aber auch Überproduktionen gefördert und folglich die Bemühungen für eine Bewältigung der Klimakrise untergraben. Landraub gehört inzwischen ebenfalls zur Routine der Agrarriesen, womit sie die grundlegenden Rechte und Existenzgrundlagen indigener Völker und der Kleinbauern mit Füßen treten und ländliche Existenzgrundlagen vernichten.

Die konzentrierte Macht der Einkäufer setzt die Bauern unter Druck und zwingt sie, niedrigere Preise zu akzeptieren und den Tierhaltungsforderungen der Konzerne nachzugeben, bzw. für die CAFO-Massentierhaltung Futtergetreide in Monokultur anzubauen.

Das Ergebnis all dessen ist ein eklatant ungleiches globales Ernährungssystem, das von Arbeiter/innen aufrechterhalten wird, deren Arbeitskraft im Namen des Wirtschaftswachstums ausgebeutet wird. Die Beschäftigten in der Massentierhaltung sind mit unerbittlichen Kostensenkungsmaßnahmen konfrontiert, die zur Folge haben, dass ihre Löhne stagnieren, ihre Rechte systematisch unterwandert und ihre Arbeitsbedingungen herabgestuft werden und die Arbeit – etwa in Form von überhöhten Fließbandgeschwindigkeiten – unsicher und gefährlich wird.

Mit ihrem hohen Anteil an Saisonarbeit weist die Landwirtschaft eine niedrige gewerkschaftliche Erfassungsdichte auf. Der Sektor stützt sich in hohem Maße auf informelle Arbeit und zeichnet sich generell durch laufend schlechter werdende Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne, massive Arbeitsschutzprobleme sowie Gewalt und Belästigung aus, und hier insbesondere durch sexuelle Gewalt und Belästigung. Besonders vulnerable Gruppen – u.a. Frauen, junge Arbeitnehmer/innen und informell Beschäftigte – sind in der Landwirtschaftsarbeit überrepräsentiert.

Die Arbeit in der Geflügel- und Fleischverarbeitung ist gefährlich. Da die Beschäftigten – vor allem die Leiharbeiter/innen und prekär Beschäftigten – oft nicht organisiert sind, werden sie ausgebeutet und sind am Arbeitsplatz nicht ausreichend geschützt. Auch wenn die Fleischverarbeitung teilweise gut organisiert ist, beschäftigt der Sektor sehr viele Wanderarbeitnehmer/innen und Angehörige sogenannter *Gruppen in Gefährdungssituationen*, die keinen Anspruch auf ihre Arbeitnehmerrechte haben und häufig diskriminiert werden. Die Konzerne betrachten sie als frei verfügbar. Die wettbewerbsorientierte Preisbildung der Einzelhändler hält die Fleischpreise auf einem künstlich niedrigen Niveau und drückt die Löhne der Beschäftigten.

Das globalisierte industrielle Ernährungssystem stellt auch eine Gefahr für die globale öffentliche Gesundheit dar.

 Die Massentierhaltung produziert riesige Mengen an billigem und minderwertigem Essen. Sie trägt damit massiv zum globalen Gesundheitsproblem der Fettleibigkeit bei.

²⁰ Siehe auch (nur Englisch): https://actalliance.eu/wp-content/uploads/2016/04/071203_chicken_e_final.pdf



¹⁹ Zu Agrardumping siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/sites/default/files/2017-06/2017_06_26_ DumpingPaper.pdf

- Der weit verbreitete Einsatz von Agrochemikalien und Medikamenten (Antibiotika) in der Tierhaltung schadet der Gesundheit der Beschäftigten und setzt sie dem Risiko einer Ansteckung mit antibiotikaresistenten Erkrankungen und Infektionen aus, und zwar insbesondere auf den Höfen und in den Schlachthöfen.²¹
- Die durch eine Zoonose (eine Krankheit, die von Tieren auf Menschen übertragen wird) ausgelöste COVID-19-Pandemie ist der Beweis dafür, dass unser globales Ernährungssystem auch noch weitere Pandemien auslösen kann. Die Intensivtierhaltungssysteme ermöglichen es Krankheiten, sich unter Tieren und Menschen zu verbreiten.²² Globalisierte Lieferketten tragen zusätzlich zu ihrer Verbreitung bei.²³

Durch die Pandemie kam die Störungsanfälligkeit der globalisierten Lieferketten im globalen Ernährungssystem ans Licht – ausgelöst durch Lockdowns, Quarantänen und Betriebs- und Hafenschließungen. Sie unterstrich die Notwendigkeit für sicherere lokale Ernährungssysteme zusätzlich.²⁴

Wer trägt am meisten zu den Treibhausgasemissionen in der Tierhaltung bei?

Die meisten THG-Emissionen in der Tierhaltung gehen auf das Konto der Länder im Globalen Norden. Doch mittlerweile beuten die TNK aus den einkommensstärkeren Ländern zusehends die Ressourcen der einkommensschwächeren Länder aus und lassen die Rohstoffe für den Sektor dort produzieren (Auslagerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse). Daher entsteht der Eindruck, als würden manche einkommensschwächeren Länder große THG-Mengen ausstoßen, obwohl sie womöglich gar keine Kontrolle über die Produktion der Rohstoffe haben/bzw. von diesen Rohstoffen gar nicht profitieren, weil die Produktion von den TNK kontrolliert wird und die Erzeugnisse für den Export vorgesehen sind.

- Lateinamerikanische Länder sind die Spitzenemittenten. Ihr Ausstoß geht hauptsächlich auf das Konto der industriellen Rinderzucht und der Abholzung für den Sojabohnenanbau für die Futtermittelproduktion/spezialisierte Rindfleischerzeugung.
- Ostasien, und hier vor allem China, sind aufgrund der Rind- und Schweinefleischproduktion die zweitgrößten Emittenten.²⁵
- Nordamerika trägt ebenfalls mit gigantischen Mengen zu den THG-Emissionen bei. Sie gehen vor allem auf das Konto der Rindfleischproduktion und in geringerem Maße auf das der Produktion von Huhn, Schwein und Milch.
- Die Emissionen Westeuropas stammen vor allem aus dem Milchviehbestand und der Rinderzucht für die Rindfleischproduktion.

Der Globale Süden bekommt die Auswirkungen der Klimakrise oft stärker zu spüren, obwohl er selbst am wenigsten dazu beiträgt. Das hat damit zu tun, dass den Gemeinden oft die Mittel fehlen, um den Auswirkungen der Klimakrise vorzubeugen bzw. zu begegnen, sowie damit, dass sie zur Sicherung ihrer Existenzgrundlagen auf ein stabiles Klima angewiesen sind.

²¹ Zur antimikrobiellen Resistenz (AMR) siehe auch: https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2018-Antimikrobielle-Resistenz-Eine-Arbeitsplatzgefahr.pdf

²² Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.unep.org/resources/report/preventing-future-zoonotic-disease-outbreaks-protecting-environment-animals-and

²³ Das war auch bei der Vogelgrippe der Fall. Siehe dazu (nur Englisch): https://grain.org/en/article/556-bird-flucrisis-small-farms-are-the-solution-not-the-problem

²⁴ Siehe dazu auch (nur Englisch): http://www.ipes-food.org/ img/upload/files/LongFoodMovement EN.pdf

²⁵ Zu Chinas Nachfrage für industrialisiertes Fleisch siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/documents/need-feed-chinas-demand-industrialized-meat-and-its-impacts und https://www.iatp.org/sites/default/files/2017-05/2017_05_03_PoultryReport_f_web.pdf

III. WARUM IST DIE KLIMAKRISE EIN ANLIEGEN DER GEWERKSCHAFTEN?

Die Massentierhaltung trägt enorm zur Klimakrise bei. Zugleich entstehen durch die Klimakrise aber auch Probleme für den Sektor.

Die Klimakrise hat verheerende Auswirkungen auf die Nahrungsmittel-produktion und gefährdet die globale Ernährungssicherheit.²⁶

Ernährungssicherheit ist gegeben, wenn "alle Menschen zu jeder Zeit physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichender und sicherer Nahrung haben und die Ernährungsbedürfnisse sowie die Nahrungsmittelpräferenzen für ein gesundes und aktives Leben sichergestellt werden können." (Welternährungsorganisation [FAO], 1996)

Die Folgen der veränderten Niederschläge, Überflutungen und immer häufigeren Dürren und Hitzewellen sind: Verlust an Natur und Biodiversität (einschließlich solcher Tiere und Insekten, die für die Ernährungskette wesentlich sind), Verlust an Ackerfläche für die Landwirtschaft, Wassermangel und rückläufige landwirtschaftliche Ernten und Erträge.²⁷ Diese Faktoren sind die Hauptantriebsmomente für die klimabedingte Migration, wenn also Menschen ihre Heimat verlassen, um anderswo Arbeit, ein Heim und Nahrung zu finden.

Außerdem wächst die Weltbevölkerung, was die Ernährungssicherheit sogar noch mehr unter Druck setzt und sich negativ auf das Recht auf Nahrung auswirkt; Gruppen in Gefährdungssituationen sind heute schon am stärksten davon betroffen. Von den 690 Millionen Menschen, deren Ernährungssicherheit schon jetzt nicht mehr gegeben ist, sind 60% Frauen und Mädchen.²⁸ Unter den von Ernährungsunsicherheit Betroffenen sind Millionen Arbeiter/innen, deren Arbeitskraft für die Lebensmittelproduktion ausgebeutet wird. Noch schlimmer ist es für all jene, die in der Lebensmittelindustrie die unsichersten Jobs machen und sehr oft keinen angemessenen existenzsichernden Lohn erhalten.

Nahrungsmittelknappheit ist aber nicht die Ursache der Ernährungsunsicherheit. Wir erzeugen weltweit genug, um die Weltbevölkerung ernähren zu können. Das globale Ernährungssystem ist deshalb nicht geeignet, für Ernährungssicherheit zu sorgen, weil sich das System an sich aufgrund von ungleichen Verhältnissen und der Verschwendung von Lebensmitteln in einem verheerenden Zustand befindet.

DAS RECHT AUF NAHRUNG IM INTERNATIONALEN RECHT

Nach internationalem Menschenrecht haben wir alle das Recht auf angemessene, leistbare und sichere Ernährung.

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948), Artikel 25
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 11
- UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allg. Bemerkung Nr. 12
- Übereinkommen der UN zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979)
- Übereinkommen der UN über die Rechte von Kindern (1989)
- Übereinkommen der UN über die Rechte von Personen mit Behinderungen (2006)

²⁶ Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.ipcc.ch/srccl/chapter/chapter-5/

²⁷ Zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Ernährungssicherheit siehe auch (nur Englisch): http://www.fao.org/climate-change/en/

²⁸ Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.wfpusa.org/drivers-of-hunger/gender-inequality/

Die Klimakrise ist ein Gesundheits- und Sicherheitsproblem am Arbeitsplatz.

Die Gewerkschaften haben sich seit jeher rund um den Arbeitsschutz organisiert. Im Fall der Klimakrise ist es nicht anders. Die durch die Klimakrise ausgelösten steigenden Temperaturen sind ein weltweites und sie sind ein dringendes Arbeitsschutzanliegen. Für Beschäftigte, die den Elementen ausgesetzt sind oder die ohne angemessene Belüftung oder Klimaanlage arbeiten müssen, wird die Arbeit immer gefährlicher. Zu den Gefahren gehören Sonnenbrand, Hautkrebs, Hitzekollaps, Ohnmacht, Austrocknung und Hitzeschlag – mit potentiell tödlichem Ausgang.²⁹

Prekär und informell Beschäftigte sowie Niedriglohnempfänger – von denen viele im globalen Ernährungssystem arbeiten – haben üblicherweise keinerlei Kontrolle über die Temperaturen am Arbeitsplatz. Aus einer jüngsten IAO-Studie geht hervor, dass "Hitzestress" die Arbeit und das Leben der Menschen bedroht. Schätzungen zufolge werden durch zu hohe Temperaturen bis 2030 weltweit 2,2 Prozent der Gesamtarbeitsstunden verloren gehen.²⁹ Für die Beschäftigten bedeutet das Einkommensverluste und noch instabilere und prekärere Arbeitsplätze. Frauen arbeiten in Situationen, die zu den prekärsten und unsichersten gehören, und sind durch Hitzestress geschlechtsspezifischen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Das verschärft die Ungleichheit.

Von der Klimakrise ist jeder und jede von uns betroffen. Aber bestimmte Gruppen bekommen die Auswirkungen unverhältnismäßig stärker zu spüren.

Die Auswirkungen der Klimakrise zerstören bereits jetzt den Lebensunterhalt der Beschäftigten, sie sind der Grund, warum die Arbeit unsicherer und prekärer wird, sie verschärfen die Armut und treiben die Ungleichheit voran. Da Arbeitnehmer/innen, deren Lebensunterhalt von den natürlichen Ressourcen und vom Klima abhängt – darunter all jene, die in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion arbeiten –,von den negativen Auswirkungen besonders betroffen sind, spielen die Ernährungssysteme im Kampf gegen die Klimakrise eine entscheidende Rolle. Zugleich sind aber Millionen Beschäftigte in der

Lebensmittellieferkette mit ungleichen Verhältnissen am Arbeitsplatz konfrontiert oder zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf nicht nachhaltige Praktiken angewiesen. Wenn also Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise ergriffen werden, werden sich auch die Arbeitsplätze verändern. Und das wiederum birgt die Gefahr, dass die Existenzgrundlage der Arbeiter/innen vernichtet wird. Deshalb sprechen wir von einer Angelegenheit, die die Arbeitnehmer/innen und die Gewerkschaften angeht.

Gruppen in Gefährdungssituationen (u.a. Frauen, Migrant/innen, Jugendliche, prekär und informell Beschäftigte), die in der Viehwirtschaft einen großen Anteil der Beschäftigten stellen, werden auf verheerende Weise von der Klimakrise betroffen sein. Sie sind jetzt schon von der Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze betroffen, verfügen über kaum bis gar keine Gewerkschafts- und Vertretungsrechte, sie sind oft unsichtbar oder nach dem Gesetz kriminalisiert und verfügen über keinerlei soziale Absicherung.

Die Klimakrise ist somit auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichstellung. Die Gewerkschaften sind Schlüsselakteure, wenn es darum geht, sich zu organisieren und sich gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu wehren.³¹

²⁹ Zu den Auswirkungen der Hitze auf die Arbeit siehe auch (nur Englisch): https://www.theatlantic.com/health/archive/2020/10/heat-human-rights-issue-21st-century/616693/

³⁰ Zur IAO über die Auswirkungen von Hitzestress siehe (nur Englisch): https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_711919.pdf

³¹ Zu den Gründen, warum die Klimakrise eine Angelegenheit der Gewerkschaften ist, siehe auch: https://www.youtube.com/watch?v=8gnYJKQDLSU



KONKRETE MASSNAHMEN



In der folgenden Übersicht werden konkrete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Klimakrise beschrieben. Ferner werden die Prinzipien genannt, auf die sich die Gewerkschaften berufen können, um bei der Transformation des Ernährungssystems ein Mitspracherecht zu erhalten. Außerdem werden Alternativen für die Massentierhaltung vorgestellt. Die Aktionen werden zudem in einen größeren politischen Kontext gestellt – nämlich den, dass das globale Ernährungssystem einer sozio-ökonomischen Transformation unterzogen werden muss. All das soll den Gewerkschaften dabei helfen, ihre Maßnahmen entsprechend den Bedürfnissen auf der lokalen Ebene auszuarbeiten.

IV. DAS ERNÄHRUNGSSYSTEM VERÄNDERN

Das derzeitige System der Massentierhaltung ist nicht nachhaltig und trägt markant zur Klimakrise bei. Außerdem ist es eine Gefahr für die globale Ernährungssicherheit. Wenn die Klimakrise bewältigt und die Ungleichheit bekämpft werden sollen, muss das Ernährungssystem radikal verändert werden. Es muss ein Übergang von industrialisierten und intensiven Methoden – mit ihren verheerenden Folgen für die Umwelt und ihrer Ausbeutung der Beschäftigten – zu nachhaltigeren Praktiken stattfinden, die im Sinne der Menschen, der Natur und eines stabilen Klimas sind und die zur Ernährungssicherheit beitragen und die grundlegenden Arbeitnehmerrechte gewährleisten.

Veränderungen der Produktionsmethoden stellen aber auch die Beschäftigten vor Herausforderungen und wirken sich auf ihre Existenzgrundlage aus. Die Klimakrise geht nicht zuletzt deshalb auf das Konto des kapitalistischen Systems, weil sein Augenmerk ausschließlich auf Gewinnen und Wachstum liegt und weil es versagt hat, für Gleichstellung, Achtung der grundlegenden Menschenrechte und Nachhaltigkeit zu sorgen. Der Kampf um eine Transformation muss daher mit mehr Macht für die Beschäftigten einhergehen, denn nur so können sie der Macht des globalen Kapitals Paroli bieten. Die Gewerkschaften müssen ihr Handeln also stets in den Rahmen des Kampfs um Transformation und Gleichstellung stellen und sich dementsprechend organisieren.

Denkt daran: Artikel 2.5 der IUL-Satzung besagt:

In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die nach den gleichen Prinzipien handeln, wird sich die IUL, soweit es ihre Möglichkeiten und Hilfsquellen erlauben, gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung wenden. Sie wird gemeinsam aktiv Maßnahmen fördern, die die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung über das wirtschaftliche, soziale und politische Leben ausweiten, und sie wird danach streben, die Grundfreiheiten, Vereinigungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und das Streikrecht, auszudehnen.

Um die Klimakatastrophe aufzuhalten, bedarf es fortschrittlicher und radikaler Maßnahmen. Schon allein deshalb müssen die Gewerkschaften einen **gerechten Übergang** fordern, der ein klimafreundlicheres Ernährungssystem zur Folge hat, die Existenzgrundlagen der Beschäftigten schützt, grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze schafft und den Arbeitnehmer/innen ermöglicht, die Veränderung zu steuern und zu gestalten.

A. Was bedeutet "gerechter Übergang"?

Der Begriff **gerechter Übergang** wurde in den 1980er Jahren von der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung geprägt, als aus Umweltschutzgründen die Chemiewerke geschlossen wurden. Die Gewerkschaft argumentierte, dass die Beschäftigten infolge des Übergangs nicht unter die Räder kommen dürften und ein Mitspracherecht erhalten müssten.

Der Begriff ist längst in die globale Gewerkschaftsbewegung eingegangen und bezieht sich heute auf die Forderung, dass die Arbeitsplätze, die Lebensgrundlagen und die künftigen Chancen der Beschäftigten sowie die Bedürfnisse der vom Übergang zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft betroffenen Gemeinden in angemessener Weise zu berücksichtigen sind. Auf der globalen Ebene wird der Begriff mittlerweile auch von internationalen Organisationen, Regierungen, Unternehmen und Umweltschutzgruppen verwendet. Nach zehn Jahren Lobbying der Gewerkschaftsbewegung wurde der "gerechte Übergang" 2015 in das Übereinkommen von Paris aufgenommen.³²

Gerechter Übergang bezeichnet eine Strategie zum Schutz der durch die Klimapolitik gefährdeten Existenzgrundlagen. Er verlangt, dass Beschäftigte und Gewerkschaften bei der Planung des Übergangs ein Mitspracherecht haben, damit sie nicht auf der Strecke bleiben, und er ruft zur Schaffung qualitativ hochwertiger, menschenwürdiger und sicherer "grüner" Arbeitsplätze auf, an denen eine gewerkschaftliche Vertretung gewährleistet ist.³³

Auf den größeren Kontext angewandt, ermöglicht der **gerechte Übergang** außerdem eine Debatte über die eigentlichen Ursachen der Klimakrise und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozio-ökonomischen Transformation der Weltwirtschaft, deren Ziel eine kohlenstoffarme Welt sein muss.³⁴ Das bedeutet eine radikale Abkehr vom ungleichen und gewinnorientierten System der endlosen Produktions- und Konsumschleife und eine Wende hin zu einer nachhaltigeren Welt, in der die Sorgen und die Stimmen der Arbeitnehmer/innen eine zentrale Rolle spielen. Es bedeutet aber auch, dass für eine Transformation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gekämpft werden muss, denn nur so kann eine gerechtere und gleichere Gesellschaft aufgebaut werden, und zwar insbesondere mit Blick auf Gruppen in Gefährdungssituationen. Die von ihren Gewerkschaften vertretenen Beschäftigten müssen im Zentrum der Lösungen stehen, da sie andernfalls unter die Räder kommen.

Denkt daran: Die Verantwortung für die Transformation unseres globalen Ernährungssystems liegt letztlich bei jenen, die die größte Macht über unser globales Ernährungssystem haben – also bei den Regierungen und den Konzernen. Was die Gewerkschaften aber sehr wohl tun können, ist, die Transformation mit ihren Forderungen und den konkreten Maßnahmen auf der lokalen Ebene aktiv mitzugestalten.

>>> Für konkrete Maßnahmen/Schlüsselforderungen siehe Abschnitt B V

Die Erfahrung zeigt, dass sich die nationalen Regierungen beim Management von Arbeitsplatz-Übergängen bisher nicht mit Ruhm bekleckert haben.

- Die Schließung der Kohlebergwerke im VK in den 1980er Jahren wurde ohne brauchbaren staatlichen Übergangsplan für die Beschäftigten abgewickelt.
- In den Vereinigten Staaten fand der Niedergang von Kohle und Stahl im Rust Belt ebenfalls ohne Übergangsplan statt.

Die Folgen waren extrem hohe Arbeitslosenzahlen und die vollständige Zerstörung lokaler Gemeinden, die auf die Industriezweige angewiesen waren.

In Europa gibt es mehrere Beispiele (in Deutschland, Spanien, Norwegen und Schweden), wo die "gerechten Übergänge" offenbar im Sinne der Arbeitnehmer/ innen und der Gemeinden stattfinden, die von der Entkarbonisierung im Energiesektor betroffen sind, und wo die Regierungen einen pro-aktiven Ansatz verfolgen. Diese Beispiele eigenen sich als Inspirationsquelle für Gewerkschaften, die die Beschäftigten in der Viehwirtschaft vertreten.³⁵

³² Siehe dazu auch (nur Englisch): https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement

³³ Siehe dazu auch: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/frontlines_briefing_climate_cop24_en.pdf

³⁴ Für ein weiterführendes Verständnis des gerechten Übergangs siehe auch (nur Englisch): https://secureservercdn.net/72.167.241.180/f37.96b.mwp.accessdomain.com/wp-content/uploads/2021/10/TUED-WP11-Trade-Unions-and-Just-Transition.pdf?time=1645605215

³⁵ Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/191120_-_just_transition_case_studies.pdf

B. Prinzipien für einen gerechten Übergang in der Fleischproduktion

Bislang wurde die Forderung nach einem "gerechten Übergang" vor allem im Energiesektor laut. Aber die Prinzipien eines gerechten Übergangs können auch für die Gewerkschaften in der Fleischproduktion hilfreich sein, um ihre Forderungen nach nachhaltigeren Ernährungssystemen zu entwickeln und zu untermauern.

Übergang als Umwandlung

Der Übergang im Ernährungssystem ist möglich, kann aber nur erreicht werden, wenn er von einer tiefgreifenden Neustrukturierung der Weltwirtschaft begleitet wird. Daher müssen die Gewerkschaften:

- die bestehenden ungleichen Macht- und Eigentumsverhältnisse ob klassenbedingter, ethnischer oder geschlechtsspezifischer Natur – herausfordern, um für demokratischere und gleichberechtigtere, auf den Menschenrechten beruhende Ernährungssysteme zu kämpfen, die den Menschen vor den Profit stellen;
- gesellschaftliche Macht für eine Umverteilung der Ressourcen aufbauen, um die Arbeitnehmer/innen zu ermächtigen, autonome Entscheidungen über ihre Existenzgrundlage zu treffen, und ihnen beim Übergang zu einer Mitsprache zu verhelfen:
- Kampagnen organisieren, die eine radikale Abkehr von den gescheiterten kapitalistischen, allein auf den Markt und das Wachstum fokussierten Ansätzen propagieren.

Selbstverständlich wird es schwierig, diese Ziele – vor allem auf kurze Sicht – zu erreichen. Deshalb sollten die Gewerkschaften zunächst auf der lokalen Ebene aktiv werden und konkrete Forderungen stellen, die die Prinzipien Gleichstellung, Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, und den Grundsatz "Menschen vor Profiten" einbeziehen.

Vertretung

Während der Planung der Veränderung und Neustrukturierung des Ernährungssystems müssen die Beschäftigten in der Landwirtschaft und die Bauern, aber auch die Beschäftigten in der Lebensmittelverarbeitung und im Gastgewerbe ein Mitspracherecht haben. Parallel zur Planung und Umsetzung der Transformation muss mit den am stärksten Betroffenen verhandelt werden – und zwar in Form von dreigliedrigen bzw. paritätischen Verhandlungen (*Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften*) und über die Tarifverhandlungen am Arbeitsplatz.

- Die Forderung muss lauten, dass bei allen Verhandlungen und Konsultationen eine angemessene Vertretung der betroffenen Arbeitnehmer/innen gewährleistet und für die Inklusion von Gruppen in Gefährdungssituationen wie zum Beispiel Frauen gesorgt ist.
- Ferner müssen lokale Gemeinden, die auf das Ernährungssystem angewiesen sind, ebenfalls in die Konsultationen einbezogen werden.

Arbeitsplatzgarantie

Die Transformation des Ernährungssystems wird Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben. Wenn es zu Veränderungen in der Massentierhaltung/Fleischproduktion kommt, werden diese sich auf Existenzgrundlagen auswirken und in manchen Industriezweigen werden Arbeitsplätze verloren gehen. Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass die Arbeitnehmer/innen für die Klimakrise bezahlen. Die Gewerkschaften müssen mit ihren Forderungen dafür sorgen, dass die Veränderungen nicht zum Nachteil der Beschäftigten ausfallen.

 Die Gewerkschaften müssen Garantien verlangen, dass der Übergang die Schaffung neuer "grüner" Arbeitsplätze in klimafreundlichen Industrien oder Berufen nach sich zieht, die von sicherer, menschenwürdiger und gut bezahlter Arbeit, sozialer Absicherung und der Achtung der Gewerkschaftsrechte gekennzeichnet sind.

- Die Gewerkschaften müssen eine soziale Absicherung, eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie Investitionen fordern, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder zur Anpassung der Arbeit an umweltfreundliche Maßnahmen beitragen – dazu gehören Schulungen und die Ausbildung in ökologischen und klimafreundlichen Kompetenzen.
- Die Gewerkschaften und lokalen Gemeinden sollten zusammenarbeiten und gemeinsam verlangen, dass in Gemeinden investiert wird, die von Schließungen betroffen sind.
- Gruppen in Gefährdungssituationen, unter ihnen vor allem Frauen, sind von unsicheren Arbeitsplätzen besonders stark betroffen. Der prekäre Status ihrer Arbeit bedeutet, dass sie in Zeiten des Übergangs die Ersten sind, die entlassen werden. Die Gewerkschaften müssen eine Beschäftigungspolitik verlangen, die für gendergerechte grüne Arbeitsplätze sorgt.

Ausbildung

Die Gewerkschaften müssen verlangen, dass neue Anbau- und Produktionsmethoden von Investitionen in die Ausbildung begleitet werden, damit die Beschäftigten die Kompetenzen für die neuen "grünen" Jobs und Industriezweige erlernen können. Dazu gehören:

- Bildungs-, Ausbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten für die Beschäftigten, damit sie nachhaltige Praktiken und Methoden erlernen, die auf der lokalen Ebene relevant sind.
- Schulungen zum Thema Klimakrise und den Vorteilen eines Übergangs zu nachhaltigeren Methoden.
- Für die Beschäftigten in der Viehwirtschaft kann die Schließung von Betrieben oder Industrien bedeuten, dass sie in andere Bereiche wechseln müssen. Die Beschäftigten brauchen Schulungen, damit sie für die zu schaffenden alternativen grünen Jobs vorbereitet sind – zum Beispiel im ökologischen Wiederaufbau oder in der Gemeinschafts-/Sozialpflege.

Soziale Absicherung & Entschädigung

Es darf nicht sein, dass die Beschäftigten die Last des Übergangs tragen. Daher müssen die Gewerkschaften staatliche Unterstützungen und Sicherheitsnetze fordern, damit die Existenzgrundlage der Beschäftigten während des Übergangs gesichert ist. Dazu kann gehören:

- Soziale Absicherung in Form von Arbeitslosengeld und Einkommenssicherung und Sozialhilfe. Diese sollten höher ausfallen als die sonst üblichen Leistungen.
- Entschädigungen, um die negativen Auswirkungen des Übergangs auf die Existenzgrundlage abzufedern – etwa durch die Finanzierung von Frühpensionierungen, wenn der Übergang zu nachhaltigen Praktiken zum Verlust von Arbeitsplätzen führt und ein Übergang zu grünen Jobs schwierig ist.
- Frauen verdienen generell weniger als M\u00e4nner, ihre soziale Absicherung etwa im Bereich der Renten – ist fast immer schlechter. Daher sollten Gewerkschaften fordern, dass die Sozialschutz- und Entsch\u00e4digungssysteme gendergerechter werden.

Nach Jahren der Verschuldung und den Folgen struktureller Anpassungsprogramme verfügen manche einkommensschwachen Länder möglicherweise nicht über die Infrastruktur bzw. die Sozialversicherungs- oder Wohlfahrtssysteme, die geeignet sind, den Übergang abzufedern. In manchen Ländern im Globalen Süden arbeiten bis zu 80% der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft und haben überhaupt keinen sozialen Schutz. Die soziale Absicherung ist ein Menschenrecht und sollte in den Forderungen der Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielen.

Angesichts der historischen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch die Länder im Globalen Norden und ihres Agrardumpings sollte es Aufgabe der reichsten Länder sein, zur Finanzierung von Sozialschutzprogrammen für die einkommensschwachen Länder beizutragen – etwa in Form eines globalen Fonds zur sozialen Absicherung, der den Ärmsten zugutekommt. Die Länder im Globalen Süden leiden oft am stärksten unter den Auswirkungen der Klimakrise, obwohl sie

selbst am wenigsten zur Klimakrise beitragen. Der unverhältnismäßig große Anteil des Globalen Nordens an den THG-Emissionen bedeutet, dass er gegenüber dem Globalen Süden eine gigantische Klimaschuld angehäuft hat.

Die Klimakrise bedeutet aber auch, dass den Ländern im Globalen Süden finanzielle Lasten entstehen, wenn sie Darlehen aufnehmen müssen, um etwas gegen ihre eigene Klimaanfälligkeit zu unternehmen. Der historische Einsatz unrechtmäßiger Schulden durch den Globalen Norden hat in den Ländern im Globalen Süden enormen Schaden angerichtet. Die Gewerkschaften sollten Kampagnen organisieren, die für Schuldenstreichungen plädieren und eine nachhaltige und gerechte Klimafinanzierung für die Länder im Globalen Süden ansprechen, die die Schuldenlast nicht zusätzlich erschwert.³⁶

Investitionen durch die öffentliche Hand & politisches Handeln

Die Transformation des globalen Ernährungssystems kann nur stattfinden, wenn sie von entsprechenden Investitionen begleitet wird und die Regierungen politisch dahinter stehen. Die Gewerkschaften müssen von den Regierungen verlangen, dass sie die Mittel verfügbar machen und eine öffentliche Politik verfolgen, die den Übergang erleichtert.

>>> Für die wichtigsten Forderungen siehe Section B V

Eine Forderung der Gewerkschaften sollte lauten, dass jede der beschlossenen Maßnahmen von einer Folgenabschätzung ausgeht, dass also bereits im Vorfeld die Folgen für die Beschäftigten und für Gruppen in Gefährdungssituationen berücksichtigt und in Rechnung gestellt werden.

In manchen einkommensschwächeren Ländern bedeutet der Mangel an effektiven öffentlichen Diensten/einer öffentlichen Infrastruktur, dass Investitionen nicht möglich sind. In solchen Fällen sollten die Gewerkschaften fordern, dass die einkommensstärkeren Länder den Übergang unterstützen.

Transformationsstrategien mit den Mitteln staatlicher Investitionen und unterstützt durch politische Maßnahmen wurden in manchen Teilen der Welt bereits entwickelt. In Nordamerika und Europa haben junge Aktivist/innen Vorschläge für einen "Green New Deal" vorgelegt. Sie rufen zu staatlichen politischen Maßnahmen auf, die sicherstellen, dass die Bewältigung der Klimakrise durch eine Entkarbonisierung der Wirtschaft von der Schaffung sicherer Jobs, der Transformation der Wirtschaft, vom Schutz und der Wiederherstellung der Umwelt und von mehr globaler Gerechtigkeit begleitet wird. Dieser inzwischen etablierte Rahmen ist insofern nützlich, als er die Forderungen nach einer ökologisch nachhaltigen Welt mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft.

https://www.greennewdealuk.org

Eine einheitliche Lösung für alle wird es aber nicht geben.

- Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass die Maßnahmen und die von der Politik getroffenen Entscheidungen an den lokalen Kontext und die spezifischen Merkmale und Bedürfnisse des Sektors angepasst sind.
- Die Gewerkschaften müssen außerdem fordern, dass die Interessen und Existenzgrundlagen berücksichtig werden, die auf dem Spiel stehen – dazu gehören die der Arbeitnehmer/innen, der lokalen Gemeinden und der Kleinbauern.
- Ebenfalls berücksichtigt werden muss, wie sich alternative Praktiken und Ansätze auf das Klima auswirken und zwar im Vergleich zu den alten Praktiken.

³⁶ Zum Thema Schuldengerechtigkeit siehe auch (nur Englisch): https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/eurodad/pages/2516/attachments/original/1632470389/Climate_Debt_Statement.pdf?1632470389

C. Was sind die Alternativen?

1. AGRARÖKOLOGIE

Die IUL sieht in der Agrarökologie eine alternative nachhaltige Praxis, die zur Bewältigung der Klimakrise beitragen, die THG-Emissionen verringern und das Recht auf Nahrung für alle Menschen und Gemeinden garantieren kann.

Die Agrarökologie setzt voraus, dass die Gesundheit des Planeten und der Kampf um Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Anstelle von Methoden, die die Umwelt beeinträchtigen oder ihr schaden, begünstigt die Agrarökologie eine Lebensmittelproduktion, die im Einklang mit dem Klima und den Menschen stattfindet. Das bedeutet eine Abkehr vom intensiven Einsatz künstlicher Düngemittel und Pestizide und den Übergang zu biologischen Formen der Lebensmittelerzeugung. Die Agrarökologie entspricht außerdem einem Ansatz zur Transformation des globalen Ernährungssystems, der auf Rechten fußt, von unten nach oben erfolgt und die Bewältigung der Ernährungsunsicherheit und die Sicherung der Existenzgrundlagen einschließt.³⁷

Die Agrarökologie ist eng mit dem Begriff der **Ernährungssouveränität** verknüpft. Ernährungssouveränität ist "das Recht aller Völker, Gemeinden und Länder, über ihre Landwirtschafts-, Weideland-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Landpolitik im Einklang mit ihren in ökologischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Hinsicht einzigartigen Umständen selbst zu bestimmen. Dazu gehört das Recht auf Nahrung und auf die eigene Produktion von Nahrungsmitteln, und das bedeutet, dass alle Menschen das Recht auf sichere, nahrhafte und kulturell angemessene Nahrungsmittel und nahrungsmittelerzeugende Ressourcen haben und somit auf die Möglichkeit, sich und ihre Gesellschaften selbst zu erhalten."³⁸

Die UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (2018) ist ein wichtiges Tool für Kleinbauern und Landarbeiter/innen. Angeführt von La Via Campesina und unter Beteiligung der IUL, ist sie das Ergebnis jahrelanger Kämpfe und Bündnisse zwischen Gewerkschaften und NGOs. Die Erklärung schafft den Rahmen für den Schutz der Rechte von Kleinbauern und Landarbeiter/innen, die um ihre Existenzgrundlage kämpfen. In der Erklärung enthalten ist das Recht auf ein menschenwürdiges Einkommen und auf soziale Absicherung, das Recht der Bauern, die Kontrolle über ihr Land zu behalten, und das Recht auf Mitsprache bei politischen Entscheidungen, die die Erzeugung und den Vertrieb von Nahrungsmitteln betreffen. Hervorgehoben werden die Verpflichtungen der Staaten im Kampf gegen den Klimawandel und das Recht der Kleinbauern, in die Maßnahmen für eine Klimaanpassung und die Abschwächung des Klimawandels eingebunden zu werden. Der Kampagnentätigkeit der IUL ist es zu verdanken, dass die Landarbeiter/innen in der Erklärung ausdrücklich genannt sind.

In Westafrika spielen die Gemüsegärtner/innen bei der Sicherung der Ernährung eine Schlüsselrolle. Viele von ihnen arbeiten jedoch zu prekären Bedingungen und haben oft keine formale Ausbildung. Zahlreiche Gesundheitsskandale in der Region, darunter auch Vergiftungen, haben gezeigt, wie gefährlich Pestizide für die Gesundheit der Gärtner/innen und Verbraucher/innen und für die Umwelt sein können.

Mit ihrem Ecosanté-Programm (2010-2019) konnte die IUL 3.917 Gemüseanbauer – darunter 1.384 Frauen – in sieben westafrikanischen Ländern ermutigen, auf konventionelle Landwirtschaftsmethoden zu verzichten und vom Einsatz von Agrochemikalien abzusehen und stattdessen auf nachhaltige und biologische

³⁷ Zur Agrarökologie siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/blog/201907/agroecology-innovation und http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/hlpe/hlpe_documents/HLPE_S_and_R/HLPE_2019_Agroecological-and-Other-Innovative-Approaches_S-R_EN.pdf

³⁸ Zur Ernährungssouveränität siehe auch (nur Englisch): https://grain.org/article/entries/491-food-sovereignty-turning-the-global-food-system-upside-down

Anbaumethoden umzusatteln. Im Programm enthalten war eine Ausbildung, die den Übergang zum biologischen Anbau und zur Agrarökologie begleitete.

"Dieses Programm ist von grundlegender Bedeutung, da es uns ermöglicht, die Arbeitsund Gesundheitsbedingungen unserer Mitglieder anhand konkreter Maßnahmen zu verbessern und aktiv zu den Zielen Ernährungssicherheit und Verbesserung der allgemeinen Gesundheit sowie zum Umweltschutz beizutragen. Es handelt sich um eine große Herausforderung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung. Die IUL ist seit rund 10 Jahren eine Vorkämpferin auf diesem Gebiet."

Guillaume Tossa, Vorsitzender des Ecosanté-Programms der IUL

Siehe dazu auch: https://www.iuf.org/de/news/ecosante-protecting-growers-and-the-environment-in-west-africa/

Um die THG-Emissionen im Agrarsektor zu reduzieren, befürworten viele TNK eine "nachhaltige intensive Landwirtschaft." Demnach soll es unter Einsatz neuer Technologien und Methoden möglich sein, die Massenproduktion von Nahrungsmitteln auf "nachhaltige Weise" aufrecht zu erhalten. Die Konzerne berufen sich dabei gerne auf technische Innovationen, um eine vollständige Abkehr von der Massentierhaltung zu verhindern. In der Tierhaltung würde das folgende Methoden beinhalten:

- Maschinen, die Gülle anders verarbeiten, um die Emissionen zu drosseln;
- Technologien, die die Nitratbildung in den Böden unterdrückt (*man nennt sie* "*Nitrifikationshemmer"*);
- Ein effizienterer Einsatz von Düngemitteln, damit die in die Atmosphäre ausgestoßenen Schadstoffe reduziert werden;
- Das Züchten von Getreide, um die Stickstoffemissionen zu reduzieren;
- Andere Futtermittel, um den Methanausstoß von Kühen zu verringern.

Dieser Ansatz sorgt im besten Fall für eine vorübergehende Abschwächung, im schlimmsten Fall ist er bloßes "Greenwashing". Er brüstet sich zwar mit verringerten Emissionen, unterlässt es aber, die grundlegenden Probleme eines nicht nachhaltigen und ungleichen Systems anzusprechen, das auf intensive Massenhaltung setzt und vom steigenden Konsum von Fleisch- und Milchprodukten profitiert. So wird eine radikale Transformation der Lebensmittelproduktion nicht erreichtw, die aber dringend nötig ist, damit die Temperaturen nicht weiter steigen und die Lebensgrundlage der Beschäftigten gesichert ist. Außerdem würden die TNK damit ihre Kontrolle über das Ernährungssystem nur noch weiter festigen, die Ungleichheit vorantreiben und zum nächsten Angriff auf die Ernährungssouveränität blasen. Die Gewerkschaften sollten diese Vorschläge hinterfragen und darum kämpfen, die Eigentumsrechte über das System zurückzuerlangen.³⁹

Wie sehen agrarökologische Praktiken in der Fleischproduktion aus?⁴⁰

Die jeweiligen, auf lokaler Ebene zum Einsatz gelangenden Techniken unterscheiden sich zwar, aber im Kern geht es in der Agrarökologie darum, die Vieh- und Fleischwirtschaft mit den lokalen Ökosystemen in Einklang zu bringen. Da sie aber auch eine Reihe von allgemein gültigen Praktiken integriert, kann die Forderung der Gewerkschaften lauten, an ihren Arbeitsplätzen und in den Unternehmen entlang der fleischerzeugenden Lieferkette auf diese Praktiken umzusteigen.⁴¹

>>> Für mehr Information über Aktionen am Arbeitsplatz siehe Abschnitt 🛭 V

³⁹ Zum Thema Greenwashing siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/net-zero-greenwash-global-meat-and-dairy-companies und https://grain.org/en/article/6634-corporate-greenwashing-net-zero-and-nature-based-solutions-are-a-deadly-fraud

⁴⁰ Siehe dazu auch (nur Englisch): http://www.fao.org/3/i4729e/i4729e.pdf und https://grain.org/e/5639

⁴¹ Zu agrarökologischen Praktiken siehe auch (nur Englisch): https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01000394/document und https://www.etcgroup.org/content/lab-grown-meat-and-other-petri-protein-industries

VERBESSERTE TIERHALTUNG

In der Massentierhaltung werden Medikamente und chemische Stoffe (wie Antibiotika und Steroide) eingesetzt, um die durch die Lebensbedingungen auf engstem Raum verursachten Infektionskrankheiten unter Kontrolle zu halten. Doch die Herstellung wie auch der Einsatz dieser Medikamente schaden der Umwelt, den Menschen und den Tieren.

Die Agrarökologie tritt dafür ein, dass der Viehbestand ohne Einsatz von Medikamenten gesund erhalten wird. Die Gewerkschaften sollten ein Ende der vorbeugenden Massenverabreichung von Antibiotika fordern, es sei denn, dem Vieh muss zur Behandlung einer Krankheit ausdrücklich ein Medikament verabreicht werden. Folgende Praktiken können dazu beitragen:

- Die Zucht von Nutztierarten, die auf natürliche Weise an das lokale Umfeld/ Ökosystem angepasst sind – zum Beispiel Tiere, die an eine heiße Umgebung angepasst oder mit einer natürlichen Resistenz gegen lokale Infektionen/Erkrankungen ausgestattet sind.
- Sorgsame Bestimmung von Häufigkeit und Saisonalität der Reproduktion.
- Einführung von Praktiken zur **Früherkennung von Krankheiten**, um ihre Ausbreitung zu verhindern.
- Besseres Management von Viehherden und Anpassung der Bestallung. So können kranke Tiere vom Rest der Herde isoliert werden.
- Übergang zu Umtriebsweiden, damit das Vieh auf Weiden und Grasland weidet. Das bedeutet, dass die Tiere nach dem Rotationsprinzip auf (frische) Weideabschnitte getrieben werden und das Weideland zur Ruhe kommen, wieder wachsen und sich regenerieren kann, bevor es wieder geweidet wird.
- Der Übergang zu einem Mischsystem aus Ackerbau und Viehzucht. Dieses System ermöglicht, dass mehrere Nutztierarten auf einer Farm weiden und gleichzeitig Nutzpflanzen angebaut werden. Tiere und Pflanzen wechseln einander turnusmäßig ab, damit sich die Böden erholen können. Auf diese Weise wird der Kontakt mit spezifischen Viren eingeschränkt.
- Einsatz eines ausgeglichenen Fütterungssystems, das den Tieren die richtige Menge an Proteinen, Mineralien und Vitaminen zuführt, damit sie gesund und produktiv bleiben; zugleich ist sichergestellt, dass das Futter hinsichtlich der Emissionen (anders als bei Soja, Palmkernöl) nicht problematisch ist.

WENIGER INPUTS

Der Anteil der Futtermittelproduktion an den THG-Emissionen ist aufgrund von Rodungen und Abholzungen und des Einsatzes von Agrochemikalien auf den Feldern sehr hoch. Hinzu kommen die Umweltschäden, die die Ausbeutung der Wasserressourcen für die Bewässerung der Kulturen verursacht. Der Anbau von Futtermitteln für Viehbestände, die für den menschlichen Konsum produziert werden, ist weder effizient noch nachhaltig. Mit der Agrarökologie ließe sich der für die Fleischproduktion benötigte Ressourcenbedarf verringern. Zu den Praktiken gehören:

- Übergang zu Fütterungspraktiken, die der jeweiligen Nutztierart entsprechen, damit das Futter im Körper der Tiere auf effiziente Weise in Energie umgewandelt wird. Auf diese Weise können auch von außerhalb der Farm importierte Futtermittel und/oder Nährstoffe reduziert werden.
- Übergang zu extensiven Bewirtschaftungssystemen (Fütterung des Viehbestands über das natürliche Ökosystem/mit natürlichen Ressourcen wie Weideland). Das bedeutet keine CAFOs mehr. Auf diese Weise werden gesündere Lebensmittel erzeugt und keine Agrochemikalien für den Futtermittelanbau mehr benötigt; es ist auch insofern das effizientere Fütterungssystem, als nicht essbare Pflanzen in Fleisch umgewandelt werden. Mit der Agrarökologie wird zudem der Einsatz von künstlichen Düngemitteln für den Grasanbau eingeschränkt und schließlich ganz abgeschafft. Vieh, das auf der Weide weidet, trägt zur Regulierung der lokalen Ökosysteme bei, wodurch sich der Boden regenerieren kann, die Bodenfruchtbarkeit verbessert und der Graswuchs stimuliert werden. Unter solchen Voraussetzungen kann der Boden Kohlendioxid besser speichern.

- Einsatz von Bio-Stoffen als lokal bezogene Futtermittelalternative. Anstatt Futtermittel für den Viehbestand anzubauen, werden landwirtschaftliche Nebenprodukte (wie Pflanzenrückstände und Sojabohnenhülsen) und Pflanzennebenprodukte aus dem Pflanzenanbau und der Lebensmittelverarbeitung (wie Gemüseabfälle und Obstreste) als Ergänzung zur Fütterung verwertet. Diese Produkte sind billig, weniger umweltschädlich und reich an Nährstoffen. Wenn sie ungenutzt bleiben, werden sie verbrannt, was zu den Emissionen beiträgt.
- **Eine Vielfalt an Seetang** bietet sich ebenfalls als Alternative für Futtermittel auf Getreidebasis an; damit lässt sich der Methan-Ausstoß reduzieren.
- Mit einer guten Bodenbewirtschaftung wird erreicht, dass der Boden CO2 absorbiert und erneuerbar ist.

WENIGER UMWELTVERSCHMUTZUNG

Der in der Massentierhaltung anfallende Mist/Dung ist für riesige Mengen an Emissionen verantwortlich und verschmutzt die Umwelt u.a. durch den Einsatz von Agrochemikalien. Mit der Agrarökologie lassen sich die Bewirtschaftungssysteme verbessern und die Umweltverschmutzung verringern. Bewirtschaftungssysteme, die sich auf Agrochemikalien stützen, müssen ein Ende haben: Sie vergiften die Umwelt und die Menschen. Daher:

- Übergang zu integrierten Tierhaltungssystemen. Sie inkorporieren die Viehzucht in den umfassenderen Landwirtschaftsbetrieb und ermöglichen effizientere und nachhaltigere Systeme, weil der Viehbestand mit Pflanzen und Futterpflanzen gefüttert werden kann, die auf dem Hof angebaut werden.
- Übergang zu Mischsystemen aus Ackerbau und Viehzucht. Das ist ressourceneffizienter und nachhaltiger, weil der Tierdung als biologischer Dünger für den Ackerbau genutzt werden kann und dank seiner reichhaltigen Nährstoffe die Bodenfruchtbarkeit verbessert.
- Übergang zu biologischer Erzeugung. Der Einsatz von synthetischen Agrochemikalien würde dadurch automatisch verringert, weil sich stattdessen Tierdung als natürliches Düngemittel nutzen ließe.
- Übergang zu Agroforstsystemen. Das bedeutet, dass auf landwirtschaftlichen Nutzflächen oder Weideland Bäume und Sträucher gepflanzt werden, um die Tiernahrung zu verbessern. Eine Form von Agroforst ist Waldweidewirtschaft, die sich für sehr heiße bzw. trockene Länder eignet. Baumbestände und Futterpflanzen werden zusammen mit weidenden Tieren genutzt, um Vegetationsschichten auf einer Viehweide aufzubauen.⁴²

VERBESSERTER SCHUTZ DER ARTENVIELFALT

Die Intensivierung der Landwirtschaft hat zu einer massiven Reduktion der Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten geführt, da lokale Nutztiere oft durch produktivere kommerzielle ersetzt werden. Das kann den Verlust der genetischen Vielfalt zur Folge haben. Die Agrarökologie setzt sich für mehr Vielfalt ein – sowohl hinsichtlich der Arten wie auch der Bewirtschaftungsmethoden, aber auch im Sinne einer erhöhten Resilienz der Viehbestände. Zu den Praktiken gehören:

- Zucht vieler verschiedener Tierarten. Auf diese Weise werden die Gefahren von Dürre, Krankheitsausbrüchen oder Marktpreisschwankungen auf mehrere Arten verteilt und dadurch geringer.
- Verfügbarkeit einer Ressourcenvielfalt für die Tierfütterung. Das ermöglicht Fütterungssysteme, mit denen die Fütterung des Viehbestands aufrecht bleibt und auch dann gesichert ist, wenn saisonale/langfristige klimatische Veränderungen eintreten
- Adaptierung der Bewirtschaftung an die Bedürfnisse jeder Art, um die Resilienz zu stärken.

⁴² Zur Waldweidewirtschaft siehe auch (nur Englisch): https://www.ciwf.org.uk/media/7430275/case-study-6-silvopastoral-systemspdf_87238.pdf

- Einsatz lokal adaptierter Zuchtrassen, um für eine maximale Nutzung lokaler Futterressourcen zu sorgen. Lokale Rassen sind oft eher in der Lage, unter schwierigen Umständen zu überleben, zu produzieren und das Produktionsniveau aufrecht zu erhalten.
- Übergang zu effizienten Fütterungssystemen, um die bei den Tieren herrschenden saisonalen Prioritäten in Zeiten zu bewältigen, wenn Futterressourcen möglicherweise eingeschränkt sind.
- Bewahrung der lokalen Pflanzenvielfalt. Damit wird die Grünlandproduktivität gesteigert, die für Weidesysteme wichtig ist.

Das sind nur einige Beispiele für agrarökologische Methoden, die zur Bewältigung der Klimakrise beitragen können. Je nach lokalem Kontext kann es sein, dass andere Praktiken relevant sind. Die Gewerkschaften können verlangen, dass die Unternehmen die Veränderung der Bewirtschaftung hin zu agrarökologischen Produktionsmethoden unterstützen.

ERNEUERBARE ENERGIE

Die Lieferketten in der Fleischproduktion verbrauchen für die Herstellung der Fleischund Milchprodukte, ihre Verarbeitung und den Transport riesige Mengen an fossilen
Energieträgern. Entsprechend enorm ist ihr Anteil an den Emissionen. Es ist daher wichtig,
dass die Gewerkschaften bezogen auf den Energiebedarf der Lieferketten klimafreundliche
Alternativen fordern. Der Energiebedarf der Lieferkette in der Viehwirtschaft muss
"entkarbonisiert" (Verringerung des Kohlenstoffausstoßes) und von fossilen Treibstoffen
auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Erneuerbare Energie ist Energie, die
sich auf natürliche Weise erneuert - also Wind, Wasser oder Sonne. In manchen Fällen
werden auch Agrotreibstoffe (Treibstoffe, die mit dem Verbrennen von Pflanzen gewonnen
werden) dazugezählt, das kann aber problematisch sein, wenn Pflanzen dann nur noch zur
Gewinnung der Treibstoffe angebaut werden.

Die Gewerkschaften sollten Fleisch- und Milchverarbeitungsbetriebe/-fabriken befürworten, die den Einsatz fossiler Treibstoffe auslaufen lassen und auf erneuerbare Energie umsteigen. Ein Übergang kann außerdem Arbeitsplätze im erneuerbaren Energiesektor schaffen.

In Brasilien wird seit dem Jahr 2000 von über 30 feministischen Bewegungen sowie Organisationen weiblicher Arbeitnehmer, Gewerkschaftsbünden und internationalen Organisationen gezielt gegen Ausbeutung und Ungleichheit mobilisiert. Gemeinsam haben sie den Marsch der Margaridas ins Leben gerufen, der alle vier Jahre in **Brasilia** stattfindet und hunderttausende Frauen auf die Straße bringt; sie marschieren für Gerechtigkeit und Gleichstellung und für ein alternatives Modell der ländlichen Entwicklung, das auf sozialer und ökologischer Gerechtigkeit beruht. Koordiniert vom nationalen Verband der Gewerkschaften der Landwirtschaftsarbeiter und der bäuerlichen Familienbetriebe (CONTAG), nehmen an dem Marsch 27 Verbände und über 4.000 angeschlossene Gewerkschaften teil, die ländliche Arbeiter/innen, urbane Arbeitnehmer/innen, bäuerliche Familienbetriebe, Kleinbauern und indigene Frauen vertreten.

"Hier in Brasilien … wenden wir bei der Herstellung von Saatgut, im ländlichen Tourismus und bei der Baumpflanzung ökologische Methoden an. All das ist Teil der Agenda des Marsches der Margaridas. Mit manchen politischen Forderungen setzen wir die Regierung unter Druck, damit sie Gesetze verabschiedet, die uns berücksichtigen. Über diese Märsche tragen die Gewerkschaften nicht nur mit neuen Ideen bei, sie fordern auch eine öffentliche Politik, die dafür sorgt, dass die Ideen machbar werden. Bei unserem vierten Marsch 2011 stimmte die brasilianische Regierung dem zu, was später zur staatlichen Politik für Familienbetriebe und ökologische Landwirtschaft wurde … Über unsere politische Plattform fordern wir die Wiederaufnahme agrarökologischer Produktionsmethoden und wir setzen uns für staatliche Maßnahmen ein, die die Produktion gesunder Lebensmittel mit umweltschonenden biologischen Produktionsmitteln fördern …

Wir haben ein Projekt ... bei dem es um den territorialen Solidaritätsaufbau auf den Plantagen und Ländereien geht und wir bemühen uns um eine Wertschätzung der von Frauen angepflanzten Gemüsebeete als gesundheitsfördernde Alternative ... die Kooperativen, die Zusammenarbeit ... das alles wurde von den Frauen in unserer Gewerkschaft initiiert und angeführt ..."

María José Morais Costa, Beauftragte ländliche Arbeiterinnen, CONTAG, Brasilien

Übergang zu "fleischloser" Ernährung?

Weltweit werden immer öfter Rufe laut, den individuellen Konsum von Fleisch und Milchprodukten zu senken und auf diese Weise zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen. Manche Studien vertreten, dass weniger Fleisch- und Milchkonsum tatsächlich eine der mit Abstand größten Möglichkeiten wäre, die Auswirkung des/der Einzelnen auf die Klimakrise zu reduzieren. Weniger Fleisch in der Ernährung tut auch der Gesundheit gut. Schätzungen zufolge wird in den einkommensstarken Ländern mehr als die täglich empfohlene Menge an tierischen Produkten konsumiert. Doch auch wenn sich der Trend zu geringerem Fleisch- und Milchkonsum im Globalen Norden allmählich bemerkbarer macht, steigt der Fleisch- und Milchkonsum im Globalen Süden nach wie vor, und zwar insbesondere in Ostasien. Die Studien gehen daher davon aus, dass der Konsum von Fleisch- und Milchprodukten auch in Zukunft weiter steigen wird.



Die Trends zu einem geringeren Fleisch- und Milchkonsum haben in den letzten Jahren eine wachsende Fleischersatzindustrie aufkommen lassen. Die Methoden für die Herstellung dieser Produkte sind allerdings nicht immer nachhaltig – so werden die Rohstoffe häufig in Form von Monokulturen angebaut. Außerdem bringen sich die Fleischund Milch-TNK in der Fleischersatzindustrie bereits in Position, um ihre Macht über die Märkte noch weiter zu festigen. Diese neuen Industriezweige werden jedenfalls nicht zur Umverteilung der Macht beitragen und sie dürften die den lokalen Landwirten noch verbliebene Macht nur noch weiter in Richtung der TNK verschieben. Darüber hinaus stellt der Aufstieg der Fleischersatzindustrie eine Bedrohung für die Arbeitsplätze all jener dar, deren Lebensgrundlage auf die Fleischindustrie angewiesen ist.

Die nicht nachhaltigen Praktiken der Fleischindustrie sind eine Gefahr für das Klima. Die hemmungslose Ausbeutung der Beschäftigten ist eine Gefahr für die Gleichstellung. Die Fleisch- und Milchindustrie muss sich radikal ändern, und es muss dafür gesorgt werden, dass die Fleisch- und Milchprodukte, die die Menschen konsumieren, mit nachhaltigeren Methoden erzeugt werden.

Die Gewerkschaften müssen daher für ein in jeder Hinsicht besseres und nachhaltigeres Fleisch eintreten – sowohl im Rahmen der Produktion wie auch hinsichtlich der Rechte der Arbeitnehmer/innen, die es produzieren.

⁴³ Siehe dazu auch (nur Englisch): https://www.theguardian.com/environment/2018/may/31/avoiding-meat-and-dairy-is-single-biggest-way-to-reduce-your-impact-on-earth

⁴⁴ Siehe dazu auch: https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2013-Das-Ernahrungssystem-und-der-Klimawandel.pdf und (nur Englisch) https://www.etcgroup.org/content/lab-grown-meat-and-other-petriprotein-industries

2. DEMOKRATISCHE LOKALE ERNÄHRUNGSSYSTEME

Da die Fleischproduktion auf riesige Mengen an Betriebsmitteln angewiesen ist, wird ein Übergang zur Agrarökologie nicht so einfach und nicht so schnell vonstattengehen. Die destruktive Konzentration der Vermögen und der Ressourcen in den Händen der Konzerne und Investoren wird nicht zur Bewältigung der Klimakrise beitragen. Damit die Klimakrise bewältigt werden kann, müssen die Gewerkschaften um noch weitere Transformationen innerhalb des Systems kämpfen.

Die Gewerkschaften müssen eine Verlagerung zu mehr lokal erzeugten Lebensmitteln verlangen.

Eine weitere Transformation hat mit den Produktionssystemen in der Lebensmittelindustrie zu tun. Jedoch ist die Ernährungssouveränität so lange unrealistisch, so lange die TNK die lokalen Märkte beherrschen und die lokale Produktion zerstören. Die Gewerkschaften sollten daher Kampagnen organisieren, die eine Verlagerung der zentralisierten und globalisierten, von wenigen TNK kontrollierten Ernährungssysteme in dezentralisierte lokale Produktionseinheiten befürworten. Die lokale Produktion kann zur Belebung der lokalen Wirtschaft beitragen und sie verringert die Abhängigkeit der lokalen Bauern von den Betriebsmitteln der TNK. Kürzere Lieferketten bedeuten außerdem geringere THG-Emissionen.

Die Gewerkschaften müssen darum kämpfen, dass:

- die Resilienz lokaler Ernährungssysteme aus dem Übergang zu agrarökologischen Methoden gestärkt hervorgeht;
- die lokalen Volkswirtschaften dahingehend diversifiziert werden, dass keine tierischen Produkte mehr exportiert werden;
- Handels- und Investitionsabkommen, die die industrielle Massentierhaltung f\u00f6rdern, zur\u00fcckgeschraubt werden, damit der exportorientierten Lebensmittelproduktion ein Ende gesetzt wird.⁴⁵

In manchen Ländern liegt es in der Natur der Sache, dass die Lebensmittelwirtschaft teilweise exportorientiert ist. Doch wenn Lebensmittel über weite Entfernungen transportiert werden, muss das mit Transportmitteln geschehen, deren CO2-Fußabdruck möglichst klein ist (zum Beispiel per Schiff anstelle von Flugzeugen). Das bedeutet, dass auch im Transportwesen eine Verlagerung hin zu grüner erneuerbarer Energie stattfinden muss.

>>> Für Schlüsselforderungen siehe Abschnitt 📵 V

Die Gewerkschaften müssen eine Demokratisierung der Ernährungssysteme verlangen.

Die Machtverhältnisse müssen anders verteilt werden, und zwar weg von den Konzernen und zurück zu den Arbeiter/innen, lokalen Gemeinden und Kleinbauern, damit sie die Kontrolle über ihr Land, ihre Ernährung und ihre Landwirtschaftspolitik zurück erhalten. Der Ansatz zur Transformation des globalen Ernährungssystems, dem es im Kern um menschenwürdige Arbeit und die Achtung ländlicher Existenzgrundlagen geht, muss daher auf Rechten begründet sein.

Die Gewerkschaften müssen die Achtung und den Schutz der grundlegenden Arbeitnehmerrechte nach internationalem Recht verlangen und eine **Stärkung der demokratischen Rechte** einfordern; dazu gehören die folgenden **Gewerkschaftsrechte**:

- Das Recht auf einen gesunden und sicheren Arbeitsplatz
- Das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit

⁴⁵ Zum Scheitern der exportorientierten Lebensmittelproduktion siehe auch (nur Englisch): https://grain.org/e/5639

- Der Anspruch auf die Kernarbeitsnormen der IAO⁴⁶
- Menschenwürdige und sichere Arbeit, einschließlich des Rechts auf Mindestlohn und Gleichstellung.

Für Gruppen in Gefährdungssituationen – dazu gehören Landarbeiter/innen, indigene Völker und Frauen – müssen die Gewerkschaften **eine Vertretung und ein Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung** fordern.

70% der THG-Emissionen sind die Folge unternehmerischer Aktivität. Die Gewerkschaften sollten daher Kampagnen durchführen, die eine **stärkere Regulierung und Einschränkung der Macht der TNK**, eine Regulierung ihrer Auswirkung auf die Umwelt sowie Rahmenbedingungen fordern, mit denen gewährleistet ist, dass sie die Arbeitnehmerrechte achten, für sichere Arbeitsplätze sorgen und für klimaschädliche Praktiken zur Rechenschaft gezogen werden. Die Gewerkschaften könnten auch eine **Reform des Steuersystems** verlangen, damit reiche Einzelpersonen und Konzerne ihren Beitrag leisten.

In vielen Ländern wird die industrielle Massentierhaltung mit **öffentlichen Subventionen** unterstützt. Landwirte und Unternehmen in der Agrarindustrie werden subventioniert, damit die Fleisch- und Milchpreise künstlich niedrig gehalten werden. Das ist nicht nachhaltig und nur ein weiterer Hinweis für das Scheitern des Systems. Denn so werden der Massenkonsum und die Überproduktion von Fleischprodukten aufrechterhalten und es wird in Kauf genommen, dass riesige Mengen an Lebensmitteln im Müll landen. Die Folge ist eine Fortsetzung klimaschädlicher und nicht nachhaltiger Agrarpraktiken. ⁴⁷ Die Gewerkschaften sollten verlangen, dass mit den Subventionen keine klimaschädlichen Methoden mehr unterstützt werden und die Gelder stattdessen in die Unterstützung des Übergangs zur Agrarökologie fließen.

Diese Schlüsselforderungen können auf der lokalen Ebene mit Arbeitgebern und Regierungen zu konkreten Maßnahmen umgesetzt werden.

>>> Zu den Schlüsselforderungen siehe Abschnitt B V

Bihar ist einer der ärmsten Bundesstaaten in Indien. Extreme Wetterereignisse haben die Ernten vernichtet und die Anbau- und Erntesaisonen verkürzt. In der Folge stiegen Armut, Unsicherheit und Arbeitslosigkeit, was wiederum die klimabedingte Abwanderung beschleunigt hat. Arbeiter/innen, die auf der Suche nach Arbeit abwandern, werden in aller Regel ausgebeutet.

Die Gewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter und ländlichen Arbeiter, die Hind Khet Mazdoor Panchayat (HKMP), kämpft in Bihar um die Bewältigung der negativen Auswirkungen der Klimakrise. So hat die Gewerkschaft auch das Bewusstsein für den *Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act* (MGNREGA) geschärft, ein Gesetz, das ländlichen Arbeiter/innen 100 Tage bezahlter Arbeit im Rahmen öffentlicher Bauvorhaben garantiert.

Die Mitglieder der HKMP waren sich ihrer Rechte nach dem MGNREGA-Gesetz nicht bewusst. Dank der Sensibilisierung durch die HKMP und das IUL-Regionalsekretariat für Asien-Pazifik sind die ländlichen Arbeiter/innen heute in der Lage, ihre Existenzgrundlage auf nachhaltige Weise zu sichern. Indem sie Bäume pflanzen, Straßen bauen und Teiche errichten, schaffen sie die Infrastruktur für ein künftiges Einkommen und tragen gleichzeitig zur Linderung der Auswirkungen der Klimakrise bei. Die HKMP hat den Arbeiter/innen dazu verholfen, während der länger gewordenen Zeiträume außerhalb der Erntesaison ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das bewahrt die Arbeiter/innen auch vor Armut und Verschuldung. Mit dem Gesetz war es möglich, 570 Arbeitsplätze für die Landwirtschaftsarbeiter/innen zu sichern und zum Einkommen und zur Existenzgrundlage von 1.850 Personen und deren Angehörigen beizutragen.

⁴⁶ Zu den grundlegenden Arbeitsnormen der IAO siehe: https://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

⁴⁷ Zu alternativen Systemen für eine Bewältigung der Klimakrise siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/nature-based-solutions-livestock

In den USA hat die COVID-19-Pandemie die Fragilität und Nichtnachhaltigkeit der Fleischlieferkette ans Licht gebracht, die nach einer Serie von Dürren, rückläufigen Rinderherden und Arbeitsplatzverlusten in der Fleischverpackung ohnehin schon angeschlagen war. In den letzten Jahrzehnten wurden außerdem Produktionssteigerungen bei billigeren Geflügelprodukten verzeichnet – in einem für seine ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bekannten Industriezweig.

Die United Food and Commercial Workers Union (UFCW) hat die nicht nachhaltige und von Ausbeutung geprägte Massentierhaltung ins Visier genommen.

Die Gewerkschaft befürwortet eine **Umorganisation der US-Rinderherden**, um die Resilienz der Lieferketten zu stärken, die Arbeits- und Beschäftigungsnormen zu verbessern und Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels zu ergreifen. Würden die Rinderherden von Grund auf umorganisiert, würde das die lokalen Tierhaltungssysteme stärken und zu nachhaltigen Umtriebsweiden beitragen, wodurch die Industrie eher in der Lage wäre, den häufiger und extremer werdenden Dürren und Überflutungen standzuhalten. Resistentere heimische Rinderherden verringern auch die Abhängigkeit von Rindern, für deren Zucht ganze Landstriche entwaldet werden.

Faire Preise und ein fairer Marktzugang für die Farmer spielt in der Klimaschutzstrategie der UFCW ebenfalls eine wesentliche Rolle. Die Fleischerzeugung in den USA wird von einer kleinen Anzahl an TNK kontrolliert, die den Preis für Fleischprodukte nach unten treiben. Die Gewerkschaft setzt sich deshalb für ein **stärkeres Kartellrecht (Wettbewerbsrecht)** ein, damit dem ungleichen Marktzugang und der ruinösen Preisgestaltung ein Ende bereitet wird und die lokalen Bauern für ihre Fleischprodukte einen fairen Preis erhalten.

Die Deregulierung des US-Systems der letzten Jahre hat zu einer Überproduktion von Futtergetreide geführt, wodurch die Preise für Futtergetreide weit unter die Produktionskosten gesunken sind; dabei handelt es sich um eine indirekte Futtermittelsubvention für die industrielle Massentierhaltung, weil Futter in der Fleischproduktion den größten Kostenfaktor darstellt. Für die lokalen Farmer bedeutet das aber, dass sie mit der Massentierhaltung nicht mithalten können, weshalb die Gewerkschaft auch die Wiedereinführung der Angebotssteuerung (Supply Management bzw. Mengenregulierung)⁴⁸ fordert, damit den Farmern auf dem Markt ein fairer Preis ohne direkte staatliche Subventionen bezahlt wird. Auf diese Weise ließe sich die Überproduktion einschränken, die indirekte Futtermittelsubvention für Massentierhaltungsbetriebe würde abgeschafft und es ließe sich ein wirtschaftlich lebensfähiger Weg hin zu agrarökologischen Produktionsmethoden erschließen.

Die Gewerkschaft arbeitet außerdem am Aufbau von Bündnissen zwischen Landwirten und Gewerkschaften, um für mehr Rechte und bessere Arbeitsbedingungen im Industriezweig zu sorgen. Über die Forderung nach einer Angebotssteuerung, einem stärkeren Kartellrecht und einer Reform der Beschaffungsverfahren (dass also staatliche Aufträge für die Beschaffung von Lebensmitteln an Landwirte und gemeinsame, im Besitz von Landwirten und Arbeitern befindliche Konsumvereine (Co-ops) vergeben werden, die die Arbeitsnormen einhalten, die Umwelt schützen und Gewinne auf lokaler und regionaler Ebene wieder in Umlauf bringen) setzt sich die Gewerkschaft für faire Preise für die Landwirte ein. Als Gegenleistung unterstützen die Landwirte das Recht der Arbeiter/innen sich zu organisieren. Mit dieser Strategie lässt sich eine Verbesserung der Arbeitsnormen in der Fleischverpackung erreichen, da sie für Verträge mit den Gewerkschaften, besser Löhne und gesündere und sicherere Arbeitsplätze sorgen würde.

⁴⁸ Supply Management (nicht Lieferkettenmanagement) ist ein System, mit dem das Angebot gesteuert und der Preis für die Fleischproduktion stabilisiert wird. Die Angebotssteuerung verhindert Überproduktionen und sorgt für faire und stabile Einkommen für die Bauern, für faire Löhne für die Beschäftigten und für faire Preise für die Konsumenten. Dieses System wird von den großen Konzernen und von Politikern abgelehnt, die Handels- und Investitionsabkommen unterstützen.

"Der Beitrag der Massentierhaltung zu den Treibhausgasemissionen und somit zur Erderwärmung ist enorm. Die Krisen, denen erwerbstätige Frauen und Männer ausgesetzt sind, stehen damit in unmittelbarer Verbindung. Wir können die Klimakrise nicht in Angriff nehmen, ohne nicht gleichzeitig die Ungerechtigkeiten des globalen Ernährungssystems anzusprechen – denn der mit Abstand überwiegende Anteil der Welternährung wird von Menschen angebaut und verarbeitet, die keine soziale Absicherung und keine wirtschaftliche Sicherheit genießen und die von Armut geplagt sind. Die Ermächtigung der Bauern zu fairen Preisen und der Arbeitnehmer/innen zu fairen Löhnen entspricht einer Wirtschaftsstrategie des "Nach-oben-Durschsickerns". Nicht nachhaltig sind hingegen kurzfristige Dividendenausschüttungen an die Aktionäre, die zu Lasten fairer Preise für die Bauern und fairer Löhne für die Arbeiter erwirtschaftet werden. Mit unserer Strategie erhält die Main Street Priorität gegenüber der Wall Street und ein stabiler Planet gegenüber der Maximierung der Aktionärsrenditen."

Mark Lauritsen, IUL-Präsident und Vorsitzender der Abteilung Lebensmittelverarbeitung, Verpackung und Erzeugung, UFCW, USA

V. DIE GEWERKSCHAFTEN ALS TREIBENDE KRAFT FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Um das globale Ernährungssystem umzuwandeln, ist es unbedingt erforderlich, dass die Gewerkschaften in der Viehwirtschaft ihre Macht entlang der Lieferketten aufbauen bzw. ausweiten. Im Zentrum müssen die grundlegenden Forderungen der im Ernährungssystem Beschäftigten nach menschenwürdigen Löhnen, stabilen Beschäftigungsbedingungen und einem sicheren Arbeitsumfeld stehen. Damit die Gewerkschaften die Veränderungen an vorderster Front mitbestimmen, müssen sie die Maßnahmen der Politik mitgestalten und die Programme und Aktionspläne mit den unterschiedlichen Interessensträgern vereinbaren können. Wenn wir eine Transformation des Ernährungssystems erreichen wollen, müssen wir aber auch praktische Forderungen erarbeiten und Maßnahmen entwickeln, die von den Gewerkschaften auf der lokalen Ebene ergriffen werden können.

Der folgende Abschnitt skizziert mögliche konkrete Maßnahmen und Forderungen, die die Gewerkschaften stellen können, um auf verschiedenen Ebenen für die Transformation des Ernährungssystems zu kämpfen – am Arbeitsplatz, in den Unternehmen sowie gegenüber den Regierungen und internationalen Institutionen.

A. Am Arbeitsplatz

Wesentlich im Kampf um einen gerechten Übergang ist, dass die Gewerkschaften am Arbeitsplatz aktiv werden – auf Ebene des Betriebs, Unternehmens oder Sektors.

Kartographie der Lieferkette

Die schädlichsten und emissionsintensivsten Praktiken in der Viehwirtschaft finden in den Landwirtschaftsbetrieben statt. Aber auch in der Fleisch- und Milchverarbeitung müssen die Beschäftigten gegen klimaschädliche Praktiken entlang der Lieferkette aktiv werden. Die Globalisierung des Sektors bedeutet, dass die Zulieferung, die Verarbeitung und der Vertrieb von Fleisch- und Milchprodukten ebenfalls von nur einigen wenigen TNK kontrolliert werden. Aber die TNK sind innerhalb ihrer Lieferketten störungsanfällig.

Innerhalb der jeweiligen Sektoren (und darüber hinaus) sollten die Gewerkschaften dort, wo es möglich ist und die Ressourcen vorhanden sind, und mit Unterstützung der IUL zusammenarbeiten und die Lieferkette ihres Unternehmens/Arbeitsplatzes kartographisch erfassen, denn auf diese Weise lassen sich die klimatischen Auswirkungen der Tätigkeiten im gesamten Sektor besser nachvollziehen. Sie sollten ihre Erkenntnisse mit anderen Gewerkschaften austauschen, die weniger Ressourcen zur Verfügung haben.

Diese Informationen sind insofern nützlich, als damit auf der lokalen Ebene Druck auf die Unternehmen ausgeübt und der Übergang zu nachhaltigeren Produktionsmethoden und Beschaffungspraktiken bzw. eine klimafreundliche Umgestaltung der Unternehmen verlangt werden kann.

Die Klimakrise im Rahmen der Tarifverhandlungen

Die Prinzipien für einen gerechten Übergang im Viehwirtschaftssektor müssen auf der nationalen, sektoralen oder Unternehmens-/Betriebsebene in die Tarifverträge integriert werden. Die Gewerkschaften können neue Bestimmungen verhandeln und bestehende Verträge abändern, indem sie Klauseln für einen gerechten Übergang aufnehmen, die auf der lokalen Ebene umgesetzt werden können. Die Gewerkschaften sollten also überall dort, wo das möglich ist, ihre Arbeitsplätze und Lieferketten kartieren und ausgehend davon die wichtigsten Forderungen erarbeiten, die sie in die Tarifverhandlungen aufnehmen wollen.

Die Tarifverträge sollten die wichtigsten Grundsätze eines gerechten Übergangs ansprechen und konkrete Maßnahmen enthalten, die von den Arbeitgebern ergriffen werden können. Zu den wichtigsten Forderungen / konkreten Maßnahmen im Rahmen der Tarifverhandlungen gehören:

- Die Unternehmen führen eine Kartierung / Umweltprüfung ihrer THG-Emissionen und der THG-Emissionen in ihren Lieferketten durch;
- Die Förderung/Schaffung von Anreizen für einen Übergang zu agrarökologischen Praktiken und/oder nachhaltigeren Beschaffungspraktiken für Fleisch- und Milchunternehmen (zum Beispiel geringerer Einsatz von Agrochemikalien, allmähliche Umstellung weg von CAFOs);
- Wechsel zu erneuerbaren Energiequellen;
- Investition in und Schaffung finanzieller Anreize für agrarökologische Methoden entlang der Lieferkette;
- Die Aufnahme der Klimakrise in Arbeitsschutzprogramme und Wahl von Gewerkschaftsbeauftragten für klimafreundliche/grüne/ökologische Arbeitsplätze;
- Schutz und Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte;
- Umschulungsmöglichkeiten und Ausbildung in neuen Methoden;
- Übergang zu neuen Jobs mit starkem Schutz der Arbeitnehmerrechte;
- Gemeinsame Gewerkschafts-/Arbeitgeber-Ausschüsse, die den Übergang managen, wobei für eine angemessene Vertretung der Gruppen in Gefährdungssituationen (etwa Frauen, ethnische Minderheiten und Jugendliche) zu sorgen ist;
- Überwachung und Auswertung des Tarifvertrags, um für seine effektive Umsetzung zu sorgen;
- Alle Verträge sollten gendergerecht sein; d.h. zugrundeliegende Ungleichheiten müssen identifiziert und angesprochen werden und es muss an ihrer Transformation gearbeitet werden.

Der in die Tarifverträge zu verhandelnde Wortlaut sollte so sein, dass er auch auf den nationalen und sektoralen Kontext anwendbar ist und sich je nach den spezifischen Problemen der einzelnen Unternehmen variieren lässt. Wichtig ist, dass die Formulierungen rechtsverbindlich sind, wenn es darum geht, die Rechte und Einkommen zu schützen, aber auch flexibel genug, um Maßnahmen zu ermöglichen und neue Ideen und Methoden anzupassen.

Die Mitgliedsverbände werden ihren Mitgliedern und Gemeinden signalisieren wollen, dass sie die Absicht haben, Teil der Lösung der Klimakrise zu sein. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sollten Möglichkeiten für eine Kompetenzentwicklung/Aus- und Weiterbildung erschließen und die Schaffung neuer Jobs im Klima- und Umweltschutz in Aussicht stellen.

Ein guter Anfang wäre ein gemeinsamer Gewerkschafts-/Arbeitgeber-Workshop, um zu diskutieren, wie euer Industriezweig in 5 und in 10 Jahren aussehen soll und was getan werden muss, um ihn am Leben zu erhalten und die Beschäftigung zu schützen.

Verhandlungen mit den Arbeitgebern sollten gendergerecht sein und die Chancengleichheit für Frauen und Männer sicherstellen. Die Verträge sollten sicherstellen, dass es während des Übergangs zu neuen Betriebsmethoden, neuen Arbeitsplätzen und einer neuen Arbeitsorganisation zu keiner Diskriminierung welcher Art auch immer kommt.

Verhandlungen über die Senkung der THG-Emissionen sind eine gute Gelegenheit, um junge Arbeitnehmer/innen in die Gestaltung der Zukunft unserer Arbeitsplätze und Industriezweige einzubinden.

Den Bestimmungen sollte eine Präambel vorangestellt sein, in der die Absicht erklärt ist.

Muster für Tarifvertragsklausel:

Der (Arbeitgeber) und die (Gewerkschaft) anerkennen die unmittelbare Gefahr für die anhaltende Überlebensfähigkeit des Unternehmens und die Stabilität und Sicherheit der Arbeitsplätze, die eine Folge der steigenden Treibhausgasemissionen und des dadurch ausgelösten Anstiegs der globalen Durchschnittstemperaturen und der Klimaveränderung ist. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einem kooperativen Ansatz und zur Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass zur Eindämmung dieser Gefahren emissionsmindernde Maßnahmen ergriffen werden. Es wird anerkannt, dass für den Betrieb ganzer Sektoren wie auch einzelner Unternehmen grundlegende Veränderungen erforderlich sein dürften.

Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit

- 1. Die Vertragsparteien anerkennen den für den Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gemeinsamen Nutzen eines kooperativen Ansatzes, um die größten Gefahren für die Überlebensfähigkeit des Unternehmens und für die Sicherheit der Arbeitsplätze zu bewältigen.
- 2. Die Vertragsparteien anerkennen die sich aus der Klimakrise ergebenden Gefahren und verpflichten sich hinsichtlich der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Gefahreneindämmung zu einem von Zusammenarbeit und gegenseitiger Beratung geprägten Ansatz.
- 3. Der Arbeitgeber informiert zumindest einmal jährlich über die Treibhausgasemissionen seiner eigenen Betriebe und die seiner Lieferkette. In Form einer Präsentation informiert der Arbeitgeber die Gewerkschaftsvertreter am Arbeitsplatz und die zuständigen Gewerkschaftsbeauftragten über die Gefahren der Klimaveränderung für die Überlebensfähigkeit des Unternehmens und die Arbeitsplatzsicherheit sowie ferner über die Art und Weise, wie die Emissionen gemessen werden, über die Emissionsziele und über die Pläne, wie die Emissionen gesenkt werden sollen.
- 4. Für den Fall, dass der Arbeitgeber die Emissionen nicht aufzeichnet, misst oder Pläne für ihre Verringerung vorlegt, vereinbaren die Gewerkschaft und der Arbeitgeber eine gemeinsame Tagung und erarbeiten einen Stufenplan und ein Verfahren, anhand derer die Emissionen gemessen, die Ziele festgelegt und die Fortschritte überprüft werden.
- 5. Der Arbeitgeber und die Gewerkschaft richten einen Ausschuss für Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit ein, der die Diversität der Belegschaft reflektiert und in dem Frauen vertreten sind. Der Ausschuss leitet zu den Gefahren der Klimakrise eine sinnvolle Beratung und Planung ein und befasst sich mit den Auswirkungen, die die geplanten emissionsmindernden Maßnahmen auf die Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzsicherheit haben.
- 6. Im Rahmen seines Mandats, sich mit den klimabedingten Gefahren für die nachhaltige Beschäftigung zu befassen, wird der Ausschuss:
 - 6.1 Die vom Arbeitgeber gemäß Klausel 3 präsentierte Information prüfen;
 - 6.2 Initiativen prüfen und diskutieren, die die Arbeitsplatzsicherheit erhöhen, indem sie die Klimakrise aufgreifen, darunter:
 - 6.2.1 Deckung des Energiebedarfs am Arbeitsplatz aus erneuerbaren Energiequellen;
 - 6.2.2 Verbesserung der Energieeffizienz der zum Unternehmen gehörenden Gebäude, Ausrüstungen und Anlagen;
 - 6.2.3 Verringerung der Umweltbelastung durch die Lieferkette des Unternehmens;

- 6.2.4 Verringerung der Emissionen der Logistik- und Transportvorgänge des Unternehmens, seien sie betriebsintern oder ausgelagert;
- 6.2.5 Verbesserung von Recycling und Umweltschutz im gesamten Betrieb;
- 6.2.6 Abfallverminderung;
- 6.2.7 Prüfung möglicher Veränderungen im Rahmen der Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten und Schichtmuster, die dazu beitragen, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Arbeitsplatzsicherheit abzuschwächen. Jede vorgeschlagene Veränderung sollte mit den Beschäftigten umfassend besprochen werden und familiäre Pflichten und Betreuungsaufgaben berücksichtigen;
- 6.2.8 Prüfung der durch die Klimakrise dem Unternehmen und der Arbeitsplatzsicherheit von außen drohenden Gefahren und Identifizierung von Milderungsstrategien, deren Umsetzung für eine nachhaltige und sichere Beschäftigung sorgen können;
- 6.2.9 Prüfung der Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen im Fall von Hitzewellen und anderen extremen Wetterereignissen, darunter ihre spezifischen Auswirkungen auf weibliche Arbeitnehmer.

Danksagung: Die Musterklausel stammt aus einer Musterbetriebsvereinbarung, die vom australischen IUL-Mitgliedsverband United Workers Union erarbeitet wurde.

Denkt daran: Die Entwicklung einer effektiven Verhandlungsstrategie ist von großer Bedeutung, damit eure Formulierungen möglichst umfassend in die Tarifverträge übernommen werden.

Die Prinzipien für einen gerechten Übergang/für Nachhaltigkeit können auch in die Arbeitsplatzrichtlinien für Nachhaltigkeit integriert werden. Arbeitsplatzrichtlinien skizzieren die Planung einer Organisation, wie sie mit einem besonderen Problem umzugehen gedenkt, sowie die Verfahren für ihre Umsetzung.

Verhandlung gerechter Übergangspläne

Die Gewerkschaften können ihre Verhandlungen mit den Unternehmen auch so anlegen, dass sie sie zur Verabschiedung gerechter Übergangspläne anspornen und auf diese Weise die klimafreundliche Umstrukturierung des Unternehmens erleichtern. Sie können Verbindungen zu Gewerkschaften an anderen Standorten desselben Unternehmens oder entlang der Lieferkette aufbauen, um als Kollektiv aufzutreten, wenn sie ihre Forderungen an das Unternehmen richten. Die wichtigsten, zu überlegenden Forderungen können folgende beinhalten:

- Umweltprüfungen;
- Investition in agrarökologische Methoden;
- Nachhaltigere Präferenzen im Rahmen der Beschaffungspolitik;
- Wechsel zu erneuerbarer Energie/Entkarbonisierung des Unternehmens;
- Investition in Ausbildung/Umschulung;
- Investition / Investitionsabbau (z.B. Infragestellung der Strategien der Aktionäre);
- Bereitstellung einer Arbeitnehmerplattform/Mitsprache bei Umstrukturierung.

Der internationale Gewerkschaftsbund IGB hat einen Kampagnenleitfaden veröffentlicht, der Ressourcen – darunter ein Musterschreiben – bereitstellt und den Gewerkschaften dabei helfen soll, sich ein Bild davon zu machen, welche Schritte ihre Arbeitgeber bisher unternommen haben.⁴⁹

⁴⁹ Siehe dazu (nur Englisch): https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/2019-04_climateproof_ourwork_en.pdf und https://www.tuc.org.uk/sites/default/files/2021-06/greenerworkplaces_may21_2.pdf

B. Lobbying nationaler, regionaler und lokaler Regierungen

Die radikale Transformation des globalen Ernährungssystems erfordert die ernsthafte Unterstützung der Regierungen und entsprechende Anreize. Die Gewerkschaften können Lobbying betreiben und sich auf die nationalen dreigliedrigen Verfahren stützen, um die Regierungen zu einer Änderung ihrer Politik und der nationalen Gesetzgebung sowie zur finanziellen Unterstützung des Übergangs aufzufordern. Die spezifischen Forderungen, für die die Gewerkschaften kämpfen, werden sich je nach lokalem Kontext unterscheiden, aber zu den wichtigsten Forderungen gehören folgende:

Stärkung der Arbeitnehmervertretung

Über Kampagnen müssen sich die Gewerkschaften dafür einsetzen, dass die Regierungen die nationalen und lokalen dreigliedrigen Foren stärken und dass die Arbeitnehmer und insbesondere die weiblichen Arbeitnehmer in diesen Foren angemessen vertreten sind. Das stellt sicher, dass die Anliegen und die Stimmen der Arbeitnehmer/innen in die nationalen gerechten Übergangspläne einfließen und die Arbeitnehmer/innen und die Gemeinden nicht zu den Leidtragenden der Folgen des Übergangs werden. Bei den Klimaverhandlungen in den Fleisch- und Milchsektoren sollten die Gewerkschaften ebenfalls eine bessere Vertretung der weiblichen Arbeitnehmer verlangen.

Nationale gerechte Übergangspläne

Die Gewerkschaften können die Regierungen zur Verabschiedung regionaler und nationaler gerechter Übergangspläne auffordern. Arbeitnehmer und insbesondere weibliche Arbeitnehmer sollten im Rahmen der Planung angemessen vertreten sein und die Möglichkeit haben, in die Beratungen und Verhandlungen eingebunden zu sein.⁵⁰

Öffentliche Investition und politische Maßnahmen

Die Gewerkschaften sollten von den Regierungen verlangen, dass sie die Transformation des globalen Ernährungssystems mit der Einführung unterstützender öffentlicher Investitionen und politischer Richtlinien erleichtern. Das kann folgende Forderungen enthalten:

- Investition in lokale wirtschaftliche Diversifizierungspläne für eine grüne Infrastruktur, um neue, gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. In der Viehwirtschaft könnte das Investitionen in alternative Jobs beinhalten, um den Übergang für Arbeitnehmer/innen zu erleichtern, die in ihren Kompetenzen und Erfahrungen entsprechende Jobs verlegt werden, oder um lokale Infrastrukturen aufzubauen oder zu sanieren, die die lokalen Fleisch- und Milchmärkte stärken.
- Investition in den Aufbau einer lokalen Viehwirtschaft, die es den Volkswirtschaften ermöglicht, von Exporten abzusehen.
- Investition in Bildung & Kompetenzschulung zum Thema Klimakrise und zu agrarökologischen und anderen nachhaltigen Methoden.
- Investition in die soziale Absicherung sowie einkommensunterstützende Maßnahmen, um den Beschäftigten zu helfen, deren Jobs vorübergehend vom Übergang zu agrarökologischen Methoden betroffen sind.
- Staatliche Investitionen, um die Resilienz gefährdeter Gemeinden gegenüber den Auswirkungen des Übergangs zu stärken. Das könnte enthalten:
 - o Investition in Gesundheits- und Sozialdienste für die Beschäftigten und ihre Angehörigen

⁵⁰ Die IAO hat Leitlinien für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften erarbeitet. Siehe (nur Englisch): https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf

- o Investition in lokale Gemeindeprojekte, insbesondere dort, wo Arbeitsplätze durch den Übergang verloren gehen. Dazu könnten Jobs mit Schwerpunkt auf Umweltsanierung gehören, etwa die Sanierung einer von schädlicher Landnutzung und Entwaldung zerstörten Umwelt.
- Finanzielle Anreize für den Übergang zu nachhaltigeren Methoden, einschließlich der Vergabe von Subventionen zur Unterstützung des Übergangs zur Agrarökologie, und parallel dazu die Abschaffung staatlicher Subventionen für klimaschädliche Landwirtschaftspraktiken. Das käme auch den Kleinbauern zugute, von denen viele bereits agrarökologische Methoden einsetzen.⁵¹
- Aktive Interventionen am Arbeitsmarkt, um menschenwürdige Arbeit in "grünen" Jobs zu garantieren.
- Öffentliche Investitionen in staatlichen Besitz und vergesellschaftetes Eigentum der Schlüsselinfrastruktur/wichtigsten Wirtschaftssektoren, darunter Energie, Technologie, Transport durch Rückverstaatlichung.⁵²

Regulierungen, Gesetze, politische Maßnahmen

Die Gewerkschaften sollten auch für die Transformation der Regulierungen, Gesetze und politischen Maßnahmen eintreten, die das nicht nachhaltige Ernährungssystem perpetuiert haben. Dazu gehören:

- Stärkere Regulierung der Macht der Konzerne, etwa durch die Einführung von Kartell-/ Wettbewerbsgesetzen, um ihre Marktmacht besser kontrollieren und einschränken zu können.
- Ein regulatorisches Umfeld, das die Unternehmen für klimaschädigende Praktiken und die Nichteinhaltung von Gewerkschaftsrechten zur Rechenschaft zieht.
- Angebotssteuerungs- bzw. Mengenregulierungssysteme zur Verhinderung von Überproduktionen und zur Stabilisierung der Preise für Fleischprodukte.
- Die Ablehnung schädlicher Handels- und Investitionsabkommen, die die industrielle Massentierhaltung unterstützen und zur Klimakrise beitragen und die Arbeitnehmerrechte untergraben. Nachhaltigkeit und Arbeitsnormen sollten in die Handelspolitik eingebettet sein.
- Progressive Steuerregelung, die einen Übergang zu agrarökologischen Methoden fördert. Darin enthalten sein können die Einführung höherer Steuern für Unternehmen, die große Mengen an THG-Emissionen verursachen, oder höhere Steuern für Lebensmittel mit schädlichen Inhaltsstoffen.
- Eine strenge Regulierung, die Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verhindert, damit die Regierungen für die Umsetzung der Klima- und Übergangspolitik über adäquate finanzielle Mittel verfügen.
- Stärkung der demokratischen Rechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte.

Vorschläge wie der Ankauf von Emissionszertifikaten oder die Investition in unerprobte Technologien zur Entfernung von CO2 aus der Atmosphäre sollten in Frage gestellt werden. Um die Krise umzukehren, hilft nichts außer Plänen für eine massive und energische Reduktion der Emissionen. Wir müssen damit aufhören, fossile Energieträge zu verbrennen, Wälder abzuholzen und wir müssen rasch von der Massentierhaltung zur Agrarökologie übergehen. Für "business-as-ususal"-Szenarien oder marktorientierte Lösungen ist es zu spät.

All das erfordert, dass die Gewerkschaften zu einer starken Lobby werden und engagierte Überzeugungskampagnen durchführen, die in jedem Land anders ausfallen werden. Einige wichtige Dinge, die es generell zu bedenken gilt, sind:

 Aufbau von über den eigenen Sektor hinaus reichenden Gewerkschaftsbündnissen mit Umweltgruppen, NGOs, sozialen Bewegungen, der Zivilgesellschaft.

⁵¹ Zu Maßnahmen, die zu ergreifen sind, siehe auch (nur Englisch): https://www.iatp.org/tackling-livestocks-contribution-to-climate-change

⁵² *Trade Unions for Energy Democracy* (TUED/Gewerkschaften für Energiedemokratie) befürworten den Staatsbesitz. Siehe auch: https://unionsforenergydemocracy.org/

- Mainstreaming der Klimamaßnahmen/des gerechten Übergangs in die gewerkschaftliche Schulung, um das Bewusstsein zu schärfen und die Beschäftigten zu mobilisieren.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Kampagnen, Tagungen, Workshops, Foren, Veranstaltungen.
- Forschungsarbeit wo möglich entlang der und zwischen den Lieferketten, um die Auswirkungen der Exporte, der Handels- und Investitionsabkommen und einer fehlenden Regulierung auf das Klima zu beleuchten.

Die Gewerkschaften können es sich nicht leisten, zuzulassen, dass das Lobbying der Konzerne den Dialog über politische Maßnahmen gegen die Klimakrise auf nationaler, bundesstaatlicher und lokaler Regierungsebene beherrscht. Umweltschutzgruppen teilen möglicherweise nicht die Ziele der organisierten Arbeiterschaft, die eine Förderung nachhaltiger Arbeitsplätze und einer menschenwürdigen Beschäftigung vorsieht. Es ist unbedingt nötig, dass die IUL-Mitgliedsverbände gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Verbündeten in der Zivilgesellschaft eine Klimapolitik und Maßnahmen fordern, die die demokratischen Rechte unterstützen und die Schaffung nachhaltiger hochwertiger und gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze zum Ziel haben. Die Perspektive der organisierten Arbeiterschaft muss am Verhandlungstisch vertreten sein.



In Dänemark arbeitet die Lebensmittelarbeitergewerkschaft (NNF) mit dem dänischen Landwirtschaftsund Ernährungsrat, den Fleischund Milchkonzernen Arla und Danish Crown sowie mit anderen Interessensträgern zusammen und setzt sich über die dreigliedrigen Verhandlungsmechanismen dafür ein,

dass die dänische Regierung die Klimakrise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Angriff nimmt.

Nach Monaten des Lobbyings gelangten die dänische Regierung und das Parlament 2021 zu einer Einigung; demnach wird der Landwirtschaftssektor unter Vorgabe eindeutiger Zielsetzungen dazu verpflichtet, die THG-Emissionen der Tierhaltungssysteme zu reduzieren. Die Vereinbarung wird derzeit in eine rechtsverbindliche Gesetzgebung umgewandelt, die für den Fall, dass die Ziele nicht erreicht werden, konkrete Maßnahmen/Sanktionen vorsieht.

Die Maßnahmen sehen u.a. vor: die Verpflichtung des Sektors, die Wasserverschmutzung einzudämmen; Feuchtgebiete dürfen nicht mehr für die Tierhaltung genutzt werden und werden in Naturschutzgebiete umgewandelt; es müssen mehr Bio-Lebensmittel erzeugt und mehr Lebensmittelprodukte auf pflanzlicher Basis entwickelt werden. In der Vereinbarung ebenfalls enthalten sind staatliche Unterstützungen für das Anlegen neuer Wälder, die zur Biodiversität beitragen und die CO2-Speicherung fördern sollen, Mittel zur Erforschung von Klimalösungen für den Sektor und eine Vereinbarung über die Reduktion der Exporte bestimmter Nutztiere.

Die Vereinbarung bedeutet, dass die dänische Agrar- und Ernährungswirtschaft planen und sich in eine grüne Richtung entwickeln kann, ohne die laufende Produktion gefährden oder Arbeitsplätze im Sektor abbauen zu müssen.

Ole Wehlast, der Präsident der NNF, zeigte sich mit dem grünen Übergang für den dänischen Agrar- und Ernährungssektor zufrieden und meinte, dass er auf eine faire und nachhaltige Weise erfolgen wird, und zwar auch im Hinblick auf die Beschäftigung im Sektor.

C. Lobbying der internationalen Institutionen

Das globale Ernährungssystem ist komplexen gesetzlichen Vorschriften und Standards der nationalen Regierungen unterworfen, es unterliegt aber auch den internationalen Regeln der WTO⁵³, der UNO⁵⁴ und der UN-Organisation FAO⁵⁵ und der Weltbank⁵⁶. Diese Institutionen haben ebenfalls Einfluss auf die globale Landwirtschafts- und Klimaschutzpolitik und auf die Handels- und Investitionsbestimmungen.

Für die Ernährungssicherheit stellen aber viele dieser politischen Richtlinien eine Gefahr dar und sie haben zu einem globalen Ernährungssystem geführt, das die Arbeitnehmer/innen und die Umwelt ausbeutet und dem Klima schadet. Die Gewerkschaften müssen diese internationalen Einrichtungen durch Lobbying zur Umwandlung des globalen Ernährungssystems bewegen.

- Die Transformation der Viehwirtschaft ist so lange nicht möglich, so lange die globalen Konzerne die lokalen Märkte beherrschen und diversifizierte lokale Lebensmittelerzeuger in den Ruin treiben; und so lange Handels- und Investitionsabkommen die Rechte der Arbeitnehmer/innen ausbeuten und das Klima zerstören. Die Gewerkschaften sollten Kampagnen gegen Handels- und Investitionsabkommen organisieren, die die negativen Auswirkungen auf das Klima vorantreiben.
- Ein Welthandel, der Monokulturen fördert und die Ernährungssicherheit unterwandert, ist unvereinbar mit dem Gebot der Stunde, dass der Klimawandel bewältigt werden muss. Die Gewerkschaften sollten daher auch Kampagnen für eine Reform der WTO-Bestimmungen durchführen, die ein exportorientiertes Landwirtschaftssystem geschaffen haben, das den Umweltschutz ignoriert. Die Gewerkschaften könnten auch dafür eintreten, dass Folgenabschätzungen durchgeführt werden, damit die Auswirkung der Abkommen auf das Klima, die Arbeitnehmerrechte und die ländlichen Gemeinden in Rechnung gestellt werden. Der Erfolg der Handelssysteme sollte nicht am Niveau der sogenannten "regulativen Barrieren" gemessen werden, sondern daran, wie sehr sie sich auf die Emissionen und die Achtung der Arbeitnehmerrechte auswirken.⁵⁷ Die Gewerkschaften sollten sich auch dafür einsetzen, dass Investitionen für eine nachhaltige Viehwirtschaft in lokale, nationale und regionale Märkte umgeleitet werden.
- Die Gewerkschaften k\u00f6nnen Kampagnen zugunsten von Bestimmungen organisieren, die das nicht nachhaltige Modell der globalen Lebensmittel-/Fleischproduktion durch negative Anreize verhindern und sich stattdessen f\u00fcr ein regulatives Umfeld einsetzen, das produktive, von den langfristigen Interessen der Erwerbst\u00e4tigen ausgehende Investitionen f\u00f6rdert.\u00e58
- Die Gewerkschaften sollten sich der IUL anschließen und von der FAO verlangen, dass sie Anreize für den Übergang zu agrarökologischen Landwirtschaftsmethoden schafft.

⁵³ Die Welthandelsorganisation WTO ist eine zwischenstaatliche Organisation, die den internationalen Handel zwischen den Staaten regelt und erleichtert. https://www.wto.org/

⁵⁴ Die Organisation der Vereinten Nationen UNO ist eine zwischenstaatliche Organisation, die zur Zusammenarbeit und zum Frieden unter ihren Mitgliedsstaaten beiträgt. https://www.un.org/en/

⁵⁵ Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die internationale Anstrengungen gegen den Hunger und für eine bessere Ernährung und Ernährungssicherheit anführt. http://www.fao.org/home/en/

⁵⁶ Die Weltbank ist eine internationale Finanzinstitution, die den Regierungen Kredite und Finanzhilfen gewährt. https://www.worldbank.org/en/home

⁵⁷ Zu den Handelsabkommen, die eine Gefahr für das Klima sind, siehe auch (nur Englisch): https://www.iuf. org/wp-content/uploads/2020/12/2014-The-TISA-threat-to-food-and-agriculture.pdf und https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2014-Trade-Deals-That-Threaten-Democracy.pdf und https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2002-The-WTO-and-the-World-Food-System-a-trade-union-approach.pdf

⁵⁸ Siehe auch: https://www.iuf.org/wp-content/uploads/2021/02/2007-Ein-Leitfaden-fur-Arbeitnehmer-zu-Firmenubernahmen-durch-privates-Beteiligungskapital.pdf

- Die Gewerkschaften sollten Lobbyarbeit bei den Regierungen und der UNO betreiben und verlangen, dass bei den Klimaverhandlungen für eine bessere Gewerkschaftsvertretung der Beschäftigten in den Fleisch- und Milchsektoren gesorgt wird, einschließlich einer besseren Einbindung weiblicher Arbeitnehmer.
- Die Gewerkschaften sollten in Form von Kampagnen fordern, dass internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank zur Finanzierung des Übergangs zu grünen Volkswirtschaften beitragen, und zwar insbesondere in den Ländern im Globalen Süden.

D. In der Gewerkschaft

Der Aufbau der gewerkschaftlichen Vertretung unter den Beschäftigten im globalen Ernährungssystem kann das Ernährungssystem transformieren.

Damit die Maßnahmen zugunsten eines gerechten Übergangs in der Viehwirtschaft Wirkung zeigen, müssen die Gewerkschaften und ihre Mitglieder die wichtigsten Zusammenhänge verstehen. Doch gerade unter den Mitgliedern dürften viele über ein nur eingeschränktes Wissen verfügen bzw. einen nur begrenzten Zugang zu Informationen über die Klimakrise und die Alternativen haben, für die wir in der Gewerkschaft kämpfen sollten. Die Gewerkschaften müssen aktiv werden und dafür sorgen, dass ihre Mitglieder zu einem umfassenderen Verständnis für die Probleme der Klimakrise und die Herausforderungen gelangen, die sie für die Arbeitsplätze in der Viehwirtschaft bedeutet; nur so können sie nachvollziehen, was die Gewerkschaft tut und warum sie es tut. Jeder und jede in der Gewerkschaft sollte die Möglichkeit zu Schulungen über die Klimakrise, den Beitrag der Massentierhaltung und die Alternativen erhalten, damit sie in die Lage versetzt werden, ein grundlegenderes Verständnis für die Probleme zu erlangen und zu begreifen, warum die Klimakrise eine Priorität der Gewerkschaft ist. Sie sollte auch in die Ausbildung im Bereich des Arbeitsschutzes integriert werden. Ferner sollten die Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Klimaanliegen dauerhaft in die Tarifverhandlungsagenda aufgenommen werden.

Wichtig ist ferner, dass die Gewerkschaften im Kampf um eine Transformation des Ernährungssystems Bündnisse mit anderen relevanten Interessensträgern im Sektor aufbauen. Das können Organisationen der Zivilgesellschaft sein, u.a. Umweltgruppen, Kleinbauern, lokale Gemeinden und Frauenorganisationen. Auf diese Weise werden Beschäftigte, Bauern und Gemeinden in die Lage versetzt, für ihre Bedürfnisse einzutreten. Die Gewerkschaften können diese Gruppen aber auch ansprechen, um selbst zu einem besseren Verständnis für ihre jeweiligen Schlüsselanliegen zu gelangen und gemeinsame Kampagnen zu organisieren.

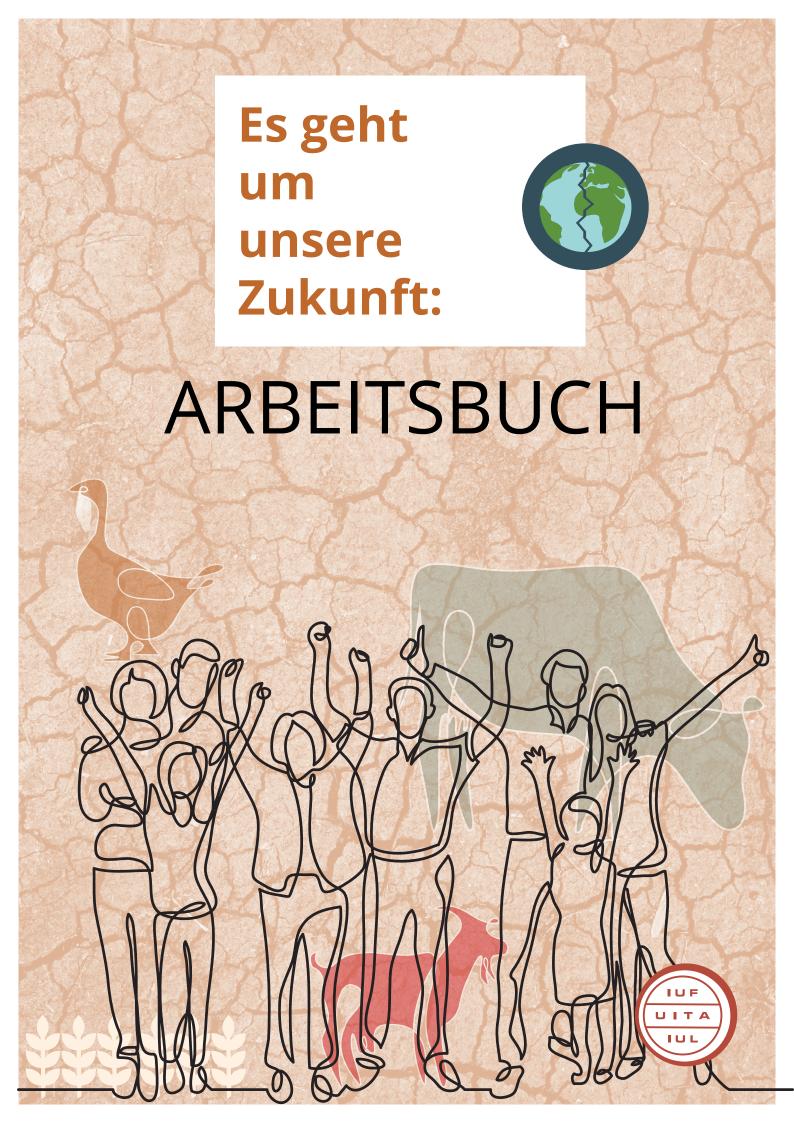
Und schließlich kann der Kampf um die Transformation auch zur Stärkung der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht beitragen. Die Gewerkschaften können die Beteiligung der Arbeitnehmer/innen fördern, indem sie ihnen die Vorteile verdeutlichen, die ein von der Gewerkschaft durchgesetztes Mitspracherecht der Beschäftigten im Übergang zu einer klimafreundlicheren Lebensmittelindustrie bedeutet. Arbeiter/innen in Gefährdungssituationen, die angesichts der Auswirkungen der Klimakrise noch gefährdeter sein werden, schließen sich einer Gewerkschaft nicht an, es sei denn, sie befasst sich mit der Klimakrise. Das kann junge Arbeitnehmer/innen, Frauen und Wanderarbeitnehmer/innen dazu bewegen, der Gewerkschaft beizutreten.

In Kenia gelang es der Kenya Union of Sugar Plantation and Allied Workers (KUSPAW), das Bewusstsein für die Klimakrise zu schärfen und die Kapazität aller Beschäftigten für konkrete Maßnahmen aufzubauen. Als Teil des IUL-Frauenprojekts führte die KUSPAW einen Workshop über die Klimakrise durch. Die Teilnehmerinnen identifizierten mehrere Auswirkungen der Klimakrise, so etwa unregelmäßige Menstruationszyklen, Kinder, die die Schule abbrechen, die Vertreibung ganzer Familien, niedrige Ernteerträge, Unterernährung, häusliche Gewalt und Verlust von Gehältern. Anschließend verfassten die Frauen die folgende Erklärung zum Klimawandel:

"Wir, die Frauen der Chemelil Sugar Company verfügen und erklären, dass wir mit Unterstützung der Unternehmensleitung jeden Monat 100 Bäume pflanzen werden, um den Klimawandel einzudämmen."

Die Gruppe vereinbarte auch Entschließungen, u.a. zu folgenden Themen:

- Umsetzung des kenianischen Klimawandelgesetzes.
- Förderung grüner Arbeitsplätze.
- Verringerung des Einsatzes von fossilen Brennstoffen.
- Aufnahme von Klimawandelklauseln in die Tarifverträge.
- Auftreten als Klimawandel-Botschafterinnen am Arbeitsplatz und in der Gemeinde.
- Die Thematisierung des Klimawandels bei alle Sitzungen, Workshops und Seminaren am Arbeitsplatz.
- Sensibilisierungskampagnen.
- Die Entwicklung eines Schulungsleitfadens zum Klimawandel.



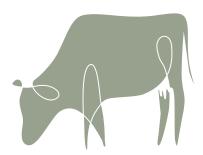
Das Arbeitsbuch enthält Beispiele für Aktivitäten zu den Hauptthemen, die im Leitfaden zur Klimakrise behandelt werden. Die Aktivitäten sind als Anleitung gedacht, um den Beschäftigten und den Gewerkschaften zu einem besseren Verständnis der im Leitfaden besprochenen Themen und Ideen zu verhelfen und sie in die Lage zu versetzen, sich in die Debatten einbringen zu können.

Die Aktivitäten sollen die Beschäftigten mit spezifischen Kenntnissen ausstatten und ihnen das Rüstzeug vermitteln, das sie benötigen, um Einfluss auf die Bedingungen für einen gerechten Übergang in den Fleisch- und Milchsektoren nehmen zu können, indem sie selbst konkrete Lösungen vorschlagen und durch eigenes konkretes Handeln zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.

Die Aktivitäten eignen sich für Workshops und Schulungen, die sich mit der Klimakrise befassen. Sie können so genutzt werden, wie sie sind, oder an die lokalen Bedürfnisse angepasst werden.

Jede Aktivität enthält:

- Anmerkungen für die Schulungsleiter/innen bezüglich der Ziele und angestrebten Ergebnisse der Aktivität sowie eine Anleitung für ihre Durchführung.
- Arbeitsblätter für die Teilnehmer/innen mit einer Beschreibung der Zielsetzungen der Aktivität und der jeweiligen Aufgabenstellung.
- Weiterführende Ressourcen, die nützlich sein könnten.





Aktivität 1: Die Klimakrise verstehen48
Aktivität 2:
Wie sehr trägt mein Arbeitsplatz zur Klimakrise bei?50
Aktivität 3:
Planen für einen gerechten Übergang52
Aktivität 4:
Warum ist die Klimakrise eine Angelegenheit für
die Gewerkschaft?54
Aktivität 5:
Verhandeln mit den Unternehmen56
Aktivität 6:
Aufbau einer Kampagne und Lobbying gegenüber Regierungen61



Die Klimakrise verstehen

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

2 Stunden



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte
- Zwei Stapel Karten in verschiedenen Farben
- Anzeigetafeln oder große Wandflächen
- Stecknadeln oder Klebstreifen



Ziel

Den Teilnehmer/innen soll zu einem Verständnis der Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise verholfen und eine Vorstellung vermittelt werden, wie sehr die Massentierhaltung zur Klimakrise beiträg.



Aufgabenstellung

Der/die Schulungsleiter/in sollte im Vorfeld der Schulung eine 10-minütige Präsentation vorbereiten, die sich auf **Abschnitt A** des Leitfadens stützt und das Thema einleitet.

- 1. Die Teilnehmer/innen werden in kleine Gruppen aufgeteilt.
- 2. Den Beginn macht die Präsentation, die zur Einleitung des Themas vorbereitet
- 3. Jede Gruppe erhält zwei Stapel Karten in verschiedenen Farben.
- 4. Die Teilnehmer/innen jeder Gruppe lesen die Fragen und besprechen Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise; danach schreiben sie die ihrer Ansicht nach zentralen Ursachen und Auswirkungen auf die jeweilige Karte.
- 5. Zwei Anzeigeflächen bereitstellen eine mit der Überschrift "Ursachen", die andere mit der Überschrift "Auswirkungen".
- Wenn die Gruppen fertig sind, befestigen sie ihre Karten an der jeweiligen Anzeigefläche.
- 7. Nun werden die Gruppen um jede der beiden Anzeigeflächen versammelt und führen ein Gespräch über die für die Beschäftigten in der Viehwirtschaft relevantesten Hauptursachen und -auswirkungen.
- 8. Der/die Schulungsleiter/in fasst die wichtigsten Ideen und Gedanken zusammen.



ARBEITSBLAT:

Die Klimakrise verstehen

Ziel

■ Zu einem besseren Verständnis gelangen, wie die Massentierhaltung zur Klimakrise beiträgt.

Aufgaben

Besprecht in kleinen Gruppen, was ihr in der Präsentation dazugelernt habt, überlegt, welche die Hauptursachen für die Klimakrise sind, sowie welche Hauptauswirkungen die Klimakrise auf euer Land und eure lokale Gemeinde hat.

Schreibt eure Gedanken/Ideen auf die Karten (eine Farbe für Ursachen, die andere für Auswirkungen).

Ihr könnt euch die folgenden Fragen stellen, um die Diskussion inhaltlich einzugrenzen:

■ Welche Rolle spielt das globale Ernährungssystem in der Klimakrise?

■ Wie könnte sich die Klimakrise auf die Beschäftigten auswirken?

■ Welche Auswirkungen hat bzw. wird die Klimakrise auf euer Land/eure Region haben?





Wie sehr trägt mein Arbeitsplatz zur Klimakrise bei?

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

1 Stunde



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte



Ziel

Die Teilnehmer/innen sollen zu Überlegungen angeregt werden, wie sehr ihre Arbeitsplätze zur Klimakrise beitragen.



Aufgabenstellung

- Die Teilnehmer/innen werden, sofern möglich, nach Arbeitsplatz oder Subsektor in kleine Gruppen aufgeteilt.
- 2. Jede Gruppe erhält ein Flipchart und soll sich überlegen, wie sehr ihre eigenen Arbeitsplätze und/oder Unternehmen zur Klimakrise beitragen.
- 3. Die Gruppen zeichnen auf ihr Flipchart eine Mindmap (visuelle Ideensammlung), in der die hauptsächlichen Beiträge zur Klimakrise an ihren Arbeitsplätzen, und sofern relevant, in ihren Lieferketten enthalten sind.
- 4. Die Teilnehmer/innen orientieren sich bei der Diskussion an den Fragen.
- 5. Sobald sie fertig sind, erstattet jede Gruppe dem Plenum Bericht.





ARBEITSBLAT:

Wie sehr trägt mein Arbeitsplatz zur Klimakrise bei?

Ziel

■ Ein Ansporn, darüber nachzudenken, wie sehr unsere Arbeitsplätze zur Klimakrise beitragen.

Aufgaben

Umweltexpert/innen nennen als Hauptursachen für die Emissionen in der Massentierhaltung:

- Die Methanemissionen der Tiere
- Die für die Viehzucht benötigten Ressourcen
- Die Abholzung/Entwaldung für den Anbau von Futtermitteln und für Weideland
- Umweltschädliche Abfallprodukte, darunter Emissionen aus Mist, Lebensmittelabfällen und Verpackungen
- Die Produktion und den Einsatz von Agrochemikalien
- Den Energiebedarf an fossilen Treibstoffen in der gesamten Lieferkette

Besprecht diese hauptverantwortlichen Emissionen in der Gruppe und überlegt, wie sehr euer Arbeitsplatz und/oder Unternehmen mit ihnen zur Klimakrise beiträgt. Zeichnet auf euer Flipchart eine Mindmap mit den wichtigsten Gedanken/Ideen. Versucht, möglichst spezifisch zu sein. Wenn ihr in der Fleisch- und Milchverarbeitung beschäftigt seid, solltet ihr auch die Beiträge eurer Lieferkette zur Klimakrise bedenken.

Berücksichtigt in eurer Diskussion die folgenden Fragen:

- Welche am Arbeitsplatz eingesetzten Praktiken/Methoden tragen möglicherweise zu den Emissionen eures Arbeitsplatzes bei?
- Welche sind die wichtigsten Emissionsquellen in eurer Lieferkette?

Ernennt eine Person, die eure wichtigsten Überlegungen im Plenum zusammenfasst.

WEITERFÜHRENDE RESSOURCEN

Was hat die Massentierhaltung mit der Klimakrise zu tun? GRAIN

Das Video und der Comic-Strip skizzieren den Beitrag der Massentierhaltung zur Klimakrise.

Video: https://www.youtube.com/watch?v=slQnED7PM-Y

Comic: https://www.grain.org/system/articles/pdfs/000/006/577/original/BAJA_CARNE_EN.pdf?1606928660





Planung für einen gerechten Übergang

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

2 Stunden



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte
- Ein Stapel Karten



Ziel

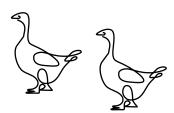
Den Teilnehmer/innen soll ein Verständnis dafür vermittelt werden, wie ein alternatives und klimafreundliches Ernährungssystem aussehen könnte und welche Strategien und Methoden nötig sind, um einen gerechten Übergang in der Massentierhaltung vorausplanen zu können.

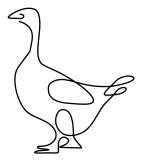


Aufgabenstellung

Der/die Schulungsleiter/in sollte im Vorfeld eine 5-10-minütige Präsentation vorbereiten, die das Thema ausgehend von **Abschnitt B** des Leitfadens einleitet und die wichtigsten Forderungen für eine Transformation des Ernährungssystems skizziert. Je nach Zusammensetzung der Gruppe könnten die kleinen Gruppen aufgefordert werden, den betreffenden Abschnitt im Leitfaden zu lesen.

- 1. Die Teilnehmer/innen werden in kleine Gruppen aufgeteilt.
- 2. Jede Gruppe erhält einen Stapel Karten, ein Flipchart und einen Filzstift.
- 3. Die Gruppen sollen sich überlegen, welche Alternativen es zum gegenwärtigen System der Massentierhaltung gibt und welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Klimakrise zu bewältigen.
- 4. Ihre Gedanken/Ideen schreiben sie auf die Karten.
- 5. Sobald sie mit den Karten fertig sind, stellen die Gruppen Überlegungen an, welche konkreten Maßnahmen für mögliche Alternativen nötig sind und zwar auf Ebene des Unternehmens, in der Lieferkette und seitens der Regierungen.
- 6. Danach erstattet jede Gruppe dem Plenum Bericht.







ARBEITSBLAT:

Planung für einen gerechten Übergang

Ziel

- Darüber nachdenken, wie ein nachhaltiges System in der Viehwirtschaft aussehen könnte
- Unsere Arbeitsplatzmethoden genauer ansehen und die Bereiche ausfindig machen, wo wir handeln können.

Aufgabe

Um die Massentierhaltung zu transformieren, müssen wir zur Agrarökologie übergehen und für demokratischere und lokalere Ernährungssysteme sorgen. Denkt in der Gruppe darüber nach, wie eine nachhaltige Viehwirtschaft in eurem Land und an eurem Arbeitsplatz aussehen könnte. Dabei kann es sich als nützlich erweisen, Abschnitt B im Leitfaden zu lesen und euch zu überlegen, wie diesen Ideen in eurem lokalen Kontext zu Bedeutung verholfen werden kann. Schreibt eure Ideen auf die Karten (eine Idee pro Karte). Versucht, so spezifisch wie möglich zu sein.

Wenn ihr damit fertig seid, befestigt jede Karte in der Mitte des Flipcharts und überlegt, welche Maßnahmen nötig sein dürften, um es zu erreichen – und zwar am Arbeitsplatz/auf Unternehmensebene, in euren Lieferketten und gegenüber der Regierung. Schreibt eure Gedanken/Ideen rund um die Karten auf.

Berücksichtigt in eurer Diskussion die folgenden Fragen:

- Welche alternativen Methoden brauchen wir, um ein nachhaltigeres System aufzubauen?
- Welche davon können wir an unseren eigenen Arbeitsplätzen ansprechen?
- Welche davon sollten entlang der Lieferkette angesprochen werden?
- Welche Unterstützung benötigen wir, um dorthin zu gelangen? Welche Maßnahmen müssen auf nationaler Ebene unternommen werden? Welche auf Unternehmensebene?
- Welche Konsequenzen könnte das für die Arbeitsplätze haben?

Berichtet dem Plenum, zu welchen Gedanken/Ideen ihr gelangt seid.						



Warum ist die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaft?

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

90 Minuten



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte
- Ein Stapel Karten



Ziel

Diese Aktivität soll den Teilnehmer/innen dazu verhelfen, die richtigen Argumente anzuführen, warum die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaften ist.



Aufgabenstellung

- Den Teilnehmer/innen wird das Video 'Why unions are taking action on climate' (siehe weiterführende Ressourcen) gezeigt.
- 2. Danach werden die Teilnehmer/innen in kleine Gruppen aufgeteilt. Sie sollen sich vorstellen, sie seien gebeten worden, eine Präsentation vorzubereiten, die die Gewerkschaftsmitglieder davon überzeugen soll, dass die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaften ist.
- 3. Unter Einsatz dessen, was sie aus dem Video gelernt haben, sowie mithilfe der zentralen Fragen erarbeiten die Gruppen Argumente, die begründen, warum die Gewerkschaft die Klimakrise als zentrales Thema für die Tarifverhandlungen ansehen sollte.
- 4. Jede Gruppe präsentiert ihre Argumente dem Plenum.





ARBEITSBLAT:

Warum ist die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaft?

Ziel

■ Argumente erarbeiten, warum die Klimakrise ein Gewerkschaftsthema ist.

Aufgabe

Ihr wurdet gebeten, für die Mitglieder eurer Gewerkschaft eine Präsentation vorzubereiten, die sie überzeugen soll, dass die Klimakrise ein Arbeitnehmeranliegen ist und daher in die Tarifverhandlungen aufgenommen werden sollte. Stellt euch in der Gruppe die folgenden Fragen und bereitet eine kurze Präsentation vor, die vier zentrale Argumente skizziert, warum die Klimakrise die Beschäftigten und die Gewerkschaften etwas angeht:

- Wie sieht die Politik aus, die die Gewerkschaft hinsichtlich der Klimakrise verfolgt?
- Welche sind die stärksten Argumente, damit die Klimakrise für die Gewerkschaft zu einem vorrangigen Thema wird?
- Was sollte die Gewerkschaft tun?

Ernennt eine Person, die die Präsentation dem Plenum vorstellt.				

WEITERFÜHRENDE RESSOURCEN

Video: Why unions are taking action on climate, Victorian Trades Hall

Das Video fasst zusammen, warum die Klimakrise eine Angelegenheit für die Gewerkschaften ist.

https://www.youtube.com/watch?v=8gnYJKQDLSU





Verhandeln mit den Unternehmen

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

3 Stunden



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte



Zielsetzung

Die Teilnehmer/innen sollen in die Lage versetzt werden, die Forderungen nach einem gerechten Übergang in die Verhandlungen am Arbeitsplatz (Betriebsvereinbarung) zu integrieren.



Aufgabenstellung

Diese Aktivität besteht aus zwei Teilen.

Teil 1

- Die Teilnehmer/innen werden, sofern möglich, nach Arbeitsplatz oder Subsektor in kleine Gruppen aufgeteilt
- 2. Jede Gruppe erhält ein Flipchart und Filzstifte. Jede Gruppe könnte außerdem eine Kopie der Muster-Tarifvertragsklausel aus dem Leitfaden erhalten (siehe weiterführende Ressourcen).
- 3. Die Teilnehmer/innen sollen sich vorstellen, sie befinden sich in einer Sitzung mit ihrem Arbeitgeber, um zu überlegen, wie gegen die Klimakrise am Arbeitsplatz vorgegangen werden soll und wie ein gerechter Übergang in die Tarifverträge zu integrieren wäre. Ihre Aufgabe ist es, konkrete Maßnahmen zu nennen, die dazu führen, dass dieses Thema am Arbeitsplatz angesprochen wird.
- 4. Die Gruppen sollen sich konkrete Vorschläge für die Tarifverträge ausdenken, die nicht allgemeiner Natur, sondern gezielt auf ihren Arbeitsplatz bezogen sind, und diese aufschreiben.
- 5. Wenn ihnen nichts mehr einfällt, präsentieren sie ihre Ideen dem Plenum.

Teil 2

- Danach soll sich jede Gruppe eine Tagung mit dem Unternehmen vorstellen, bei der sie ein Mitspracherecht fordert, wenn Überlegungen für einen Aktionsplan angestellt werden, mit dem der Übergang zu einem klimafreundlichen Unternehmen umgesetzt werden soll.
- 2. Ihre Aufgabe ist es, zentrale Forderungen zu entwickeln, die das Unternehmen zur Annahme eines gerechten Übergangplans bewegen sollen.
- 3. Die Gruppen sollen in ihrer Diskussion die Fragen berücksichtigen.
- 4. Nach Beendigung der Aktivität präsentiert jede Gruppe ihre Vorschläge dem Plenum.
- 5. Die wichtigsten Forderungen, die sich aus den Präsentationen ergeben, werden von dem/der Schulungsleiter/in zusammengefasst.

ARBEITSBLATT:

Verhandeln mit den Unternehmen

Ziel

- Konkrete Vorschläge erarbeiten, die in die Tarifverträge/ Betriebsvereinbarungen integriert werden können.
- Forderungen entwickeln, die die Unternehmen dazu bewegen, gerechte Übergangspläne zu beschließen.

Aufgaben

Teil 1 – Tarifverträge/Betriebsvereinbarungen

Die Gewerkschaften sollten zugunsten eines gerechten Übergangs am Arbeitsplatz konkrete Arbeitsplatzmaßnahmen in die Betriebsvereinbarungen verhandeln. Stellt euch vor, ihr seid in einer Sitzung mit eurem Arbeitgeber und diskutiert Maßnahmen für einen gerechten Übergang am Arbeitsplatz. Überlegt euch in der Gruppe konkrete Maßnahmen und Aktionen, die am Arbeitsplatz ergriffen werden können, um den Übergang zu erleichtern, und vermerkt sie auf dem Flipchart. Denkt dabei auch an die Maßnahmen, die an eurem Arbeitsplatz zurzeit in Kraft sind, und wie diese gestärkt werden können.

Zentrale Forderungen für die Vereinbarung können z.B. folgende konkrete Maßnahmen enthalten:

- Verlagerung zu nachhaltigen Produktionsmethoden, darunter ein verringerter Einsatz von künstlichen Düngemitteln und Pestiziden als Übergangsform zur Agrarökologie.
- Umschulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.



- Stärkung des Rechteschutzes.
- Inklusion der Klimakrise in Arbeitsschutzprogramme und Wahl von Klima-/Umweltschutz-Vertreter/innen bzw. Delegierten auf Betriebsebene.
- Ausbildung und Sensibilisierung der Beschäftigten zur Klimakrise und zur Vereinbarung.
- Maßnahmen zur Überwachung und Auswertung der Vereinbarung, um für eine effektive Umsetzung zu sorgen etwa in Form gemeinsamer Gewerkschafts-/Arbeitgeber-Ausschüsse.
- Inklusion gendergerechter Maßnahmen.

Ernennt eine Person, die dem Plenum berichtet.

Teil 2 – Verhandlung gerechter Übergangspläne

Die Gewerkschaften können auch mit den Unternehmen verhandeln und sie auffordern, Pläne zu beschließen, die eine klimafreundliche Neustrukturierung des Unternehmens erleichtern.

Stellt euch vor, euch steht eine Tagung mit dem Management des Unternehmens bevor, um die Strategie des Unternehmens für einen Umgang mit der Klimakrise zu besprechen. Ihr müsst euch zentrale Forderungen überlegen, die das Unternehmen dazu bringen sollen, zu klimafreundlicheren Methoden überzugehen. Bedenkt in eurer Diskussion die folgenden Fragen.

- Welche Strategie verfolgt das Unternehmen rund um die Klimakrise?
- Welche Veränderungen sollen umgesetzt werden? (Z.B. eine Verlagerung zu agrarökologischen Methoden in der Lieferkette, Übergang zu erneuerbarer Energie usw.)
- Was können wir bezüglich Investitionen/Investitionsabbau fordern?
- Wie können wir sicherstellen, dass die Beschäftigten im Übergang adäquat vertreten sind?
- Welche Unterstützung brauchen wir, um das zu erreichen?

Diskutiert auch eure Verhandlungsstrategie und überlegt euch mögliche gute Argumente, die ihr bei den Verhandlungen mit den Unternehmen einsetzen wollt.

Bereitet eine Präsentation auf dem Flipchart vor und ernennt eine Person in der Gruppe, die sie dem Plenum präsentiert.							

WEITERFÜHRENDE RESSOURCEN



Muster für eine Tarifvertragsklausel, Abschnitt B der Leitlinie zur Klimakrise

Der (Arbeitgeber) und die (Gewerkschaft) anerkennen die unmittelbare Gefahr für die anhaltende Überlebensfähigkeit des Unternehmens und die Stabilität und Sicherheit der Arbeitsplätze, die eine Folge der steigenden Treibhausgasemissionen und des dadurch ausgelösten Anstiegs der globalen Durchschnittstemperaturen und der Klimaveränderung ist. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einem kooperativen Ansatz und zur Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass zur Eindämmung dieser Gefahren emissionsmindernde Maßnahmen ergriffen werden. Es wird anerkannt, dass für den Betrieb ganzer Sektoren wie auch einzelner Unternehmen grundlegende Veränderungen erforderlich sein dürften.

Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit

- 1. Die Vertragsparteien anerkennen den für den Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gemeinsamen Nutzen eines kooperativen Ansatzes, um die größten Gefahren für die Überlebensfähigkeit des Unternehmens und für die Sicherheit der Arbeitsplätze zu bewältigen.
- 2. Die Vertragsparteien anerkennen die sich aus der Klimakrise ergebenden Gefahren und verpflichten sich hinsichtlich der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Gefahreneindämmung zu einem von Zusammenarbeit und gegenseitiger Beratung geprägten Ansatz.
- 3. Der Arbeitgeber informiert zumindest einmal jährlich über die Treibhausgasemissionen seiner eigenen Betriebe und die seiner Lieferkette. In Form einer Präsentation informiert der Arbeitgeber die Gewerkschaftsvertreter am Arbeitsplatz und die zuständigen Gewerkschaftsbeauftragten über die Gefahren der Klimaveränderung für die Überlebensfähigkeit des Unternehmens und die Arbeitsplatzsicherheit sowie ferner über die Art und Weise, wie die Emissionen gemessen werden, über die Emissionsziele und über die Pläne, wie die Emissionen gesenkt werden sollen.
- 4. Für den Fall, dass der Arbeitgeber die Emissionen nicht aufzeichnet, misst oder Pläne für ihre Verringerung vorlegt, vereinbaren die Gewerkschaft und der Arbeitgeber eine gemeinsame Tagung und erarbeiten einen Stufenplan und ein Verfahren, anhand derer die Emissionen gemessen, die Ziele festgelegt und die Fortschritte überprüft werden.
- 5. Der Arbeitgeber und die Gewerkschaft richten einen Ausschuss für Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit ein, der die Diversität der Belegschaft reflektiert und in dem Frauen vertreten sind. Der Ausschuss leitet zu den Gefahren der Klimakrise eine sinnvolle Beratung und Planung ein und befasst sich mit den Auswirkungen, die die geplanten emissionsmindernden Maßnahmen auf die Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzsicherheit haben.
- 6. Im Rahmen seines Mandats, sich mit den klimabedingten Gefahren für die nachhaltige Beschäftigung zu befassen, wird der Ausschuss:
 - 6.1 Die vom Arbeitgeber gemäß Klausel 3 präsentierte Information prüfen;
 - 6.2 Initiativen prüfen und diskutieren, die die Arbeitsplatzsicherheit erhöhen, indem sie die Klimakrise aufgreifen, darunter:

- 6.2.1 Deckung des Energiebedarfs am Arbeitsplatz aus erneuerbaren Energiequellen;
- 6.2.2 Verbesserung der Energieeffizienz der zum Unternehmen gehörenden Gebäude, Ausrüstungen und Anlagen;
- 6.2.3 Verringerung der Umweltbelastung durch die Lieferkette des Unternehmens:
- 6.2.4 Verringerung der Emissionen der Logistik- und Transportvorgänge des Unternehmens, seien sie betriebsintern oder ausgelagert;
- 6.2.5 Verbesserung von Recycling und Umweltschutz im gesamten Betrieb;
- 6.2.6 Abfallverminderung;
- 6.2.7 Prüfung möglicher Veränderungen im Rahmen der Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten und Schichtmuster, die dazu beitragen, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Arbeitsplatzsicherheit abzuschwächen. Jede vorgeschlagene Veränderung sollte mit den Beschäftigten umfassend besprochen werden und familiäre Pflichten und Betreuungsaufgaben berücksichtigen;
- 6.2.8 Prüfung der durch die Klimakrise dem Unternehmen und der Arbeitsplatzsicherheit von außen drohenden Gefahren und Identifizierung von Milderungsstrategien, deren Umsetzung für eine nachhaltige und sichere Beschäftigung sorgen können;
- 6.2.9 Prüfung der Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen im Fall von Hitzewellen und anderen extremen Wetterereignissen, darunter ihre spezifischen Auswirkungen auf weibliche Arbeitnehmer.

Danksagung:

Die Musterklausel stammt aus einer Musterbetriebsvereinbarung, die vom australischen IUL-Mitgliedsverband United Workers Union erarbeitet wurde





Aufbau einer Kampagne und Lobbying gegenüber Regierungen

ANMERKUNGEN FÜR DIE SCHULUNGSLEITER/INNEN



Zeitaufwand

3 Stunden



Benötigte Mittel

- Flipcharts
- Filzstifte
- Zwei Stapel Karten in zwei Farben
- Anzeigetafeln/Flipcharts
- Stecknadeln oder Klebeband



Zielsetzung

Diese Aktivität soll die Teilnehmer/innen in die Lage versetzten, sich zu überlegen, welche Forderungen an die Regierungen zu stellen sind, um sie zum Übergang zu einem klimafreundlichen Ernährungssystem zu bewegen. Ferner sollen die Gewerkschaften angeregt werden, zentrale Zielgruppen/Zielpersonen und Bündnispartner zu identifizieren, mit denen sie durch gemeinsame Kampagnentätigkeiten die Forderung nach einem nachhaltigeren Ernährungssystem stellen können.



Aufgabenstellung

Die Aktivität besteht aus zwei Teilen.

Teil 1

Der/die Schulungsleiter/in sollte im Vorfeld der Schulung eine 5-10-minütige Präsentation vorbereiten, die ausgehend von **Abschnitt B** des Leitfadens die zentralen Forderungen einleitet, die die Gewerkschaften an die Regierungen richten könnten.

- Die Teilnehmer/innen werden in kleine Gruppen aufgeteilt.
- 2. Sie sollen sich vorstellen, sie haben einen Termin bei der Regierung, um ihre Vision von einem klimafreundlichen Ernährungssystem zu präsentieren und ihre zentralen Forderungen für einen gerechten Übergang zu diskutieren.
- 3. Ihre Aufgabe ist es, Forderungen zu formulieren, die sich auf öffentliche Investitionen und politische Maßnahmen beziehen.
- 4. Sobald alle Gruppen mit der Aufgabe fertig sind, präsentiert jede Gruppe ihre Ideen.
- 5. Die wichtigsten Forderungen aus den Präsentationen werden von dem/der Schulungsleiter/in zusammengefasst.

Teil 2

- 1. Danach erhält jede Gruppe 2 Stapel Karten in verschiedenen Farben.
- 2. Jede Gruppe überlegt sich spezifische **Zielgruppen**: Personen oder Institutionen, die überzeugt werden müssen, damit die Regierung den Übergang unterstützt. Sie werden auf den Karten in der einen Farbe vermerkt und können Minister, Beamte, politische Parteien usw. enthalten. Sie werden auf dem Anzeigebereich mit der Überschrift "Zielgruppen" befestigt.
- 3. Danach nennt jede Gruppe spezifische **Bündnispartner**: Personen oder Organisationen, die die Kampagne für eine Transformation des Ernährungssystems unterstützen würden. Sie werden auf den Karten in der anderen Farbe vermerkt und können andere Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen, soziale Bewegungen, NGOs, wohlwollende Journalist/innen und Medien enthalten. Sie werden auf dem Anzeigebereich mit der Überschrift "Bündnispartner" befestigt. Die Teilnehmer/innen sollten so spezifische wie möglich sein.
- 4. Wenn die Liste potentieller Zielgruppen und Bündnispartner vollständig ist, versammeln sich alle Teilnehmer/innen um die Anzeigetafeln; jede Gruppe präsentiert die von ihr gewählten Zielgruppen und Bündnispartner und begründet ihre Auswahl.
- 5. Anschließend diskutieren die Teilnehmer/innen im Plenum:
 - (a) die wichtigsten Zielgruppen sowie die Forderungen, die an sie zu richten wären
 - (b) die wichtigsten Bündnispartner, und wie wir die Kampagne mit ihnen durchführen können.

ARBEITSBLATT:

Aufbau einer Kampagne und Lobbying gegenüber Regierungen

Ziel

- Darüber nachzudenken, welche zentralen Forderungen an die Regierung zu stellen sind.
- Zu überlegen, wen wir für unsere Kampagne für einen Übergang zu einem klimafreundlicheren Ernährungssystem ins Boot holen müssen.

Aufgabe

Teil 1 – Forderungen

Stellt euch vor, ihr habt einen Termin bei der Regierung, um über zentrale politische Maßnahmen zu diskutieren, von denen ihr wollt, dass sie im Sinne einer Transformation des Ernährungssystems eingeführt werden. Berücksichtigt bei der Formulierung eurer Forderungen die folgenden Fragen. Schreibt jede Forderung auf ein Flipchart.

Denkt daran: Die Maßnahmen müssen den spezifischen Bedürfnissen eures Subsektors und eures Landes/eurer Region entsprechen.

- Wie hat die Regierung bisher auf die Klimakrise reagiert?
- Welche Politik und/oder staatlichen Investitionen sind nötig, um den Übergang zu einem klimafreundlicheren Ernährungssystem zu unterstützen?
- Wie können wir sicherstellen, dass der Lebensunterhalt der Beschäftigten geschützt wird? (Beispiele: Arbeitnehmervertretung; Beschäftigungsgarantie; Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmerrechte; Investition in Aus- und Weiterbildung; soziale Absicherung).
- Wie sorgen wir dafür, dass die Forderungen gendergerecht sind?
- Welche Argumente eignen sich, um die Regierung zu überzeugen?

Bereitet auf dem Flipchart eine Präsentation eurer zentralen Forderungen vor. Ernennt eine Person in der Gruppe, die dem Plenum berichtet.

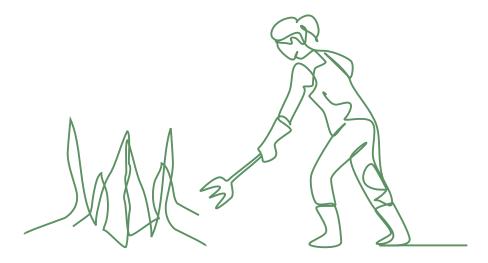
Teil 2 – Kampagnenstrategie

Im Rahmen der Kampagne und dem Lobbying gegenüber Regierungen wird es Institutionen und Personen geben, die überzeugt werden müssen. Ferner müssen wir Einzelpersonen und Organisationen identifizieren, die die Kampagne unterstützen werden. Diskutiert in kleinen Gruppen und unter Berücksichtigung eures lokalen Kontexts, wer die Zielgruppen/Zielpersonen und Bündnispartner in der Kampagne sein können, um die Regierungen zur Unterstützung der Transformation zu bewegen. Schreibt die Zielgruppen und Bündnispartner auf die Karten – eine Farbe für Zielgruppen, die andere für Bündnispartner (eine Karte pro Zielgruppe/Bündnispartner). Versucht, so spezifisch wie möglich zu sein. Berücksichtigt dabei die folgenden Fragen:

- Wer sind die potentiellen Zielgruppen/Zielpersonen? Wen werdet ihr überzeugen müssen? Mit wem werdet ihr verhandeln müssen?
- Wer sind unsere Verbündeten? Wer wird sich unserer Kampagne anschließen?

Sobald die Liste potentieller Zielgruppen/Bündnispartner fertig ist, befestigt eure Karten um den entsprechenden Anzeigebereich für "Zielgruppen" bzw. "Bündnispartner".

Ernennt eine Person, die eure Ideen dem Plenum präsentiert







Zum Umgang mit der Klimakrise in der Massentierhaltung – ein Leitfaden der IUL



ARBEITSBUCH

DIE INTERNATIONALE UNION DER LEBENSMITTEL-, LANDWIRTSCHAFTS-, HOTEL-, RESTAURANT-, CATERING-UND GENUSSMITTELARBEITER-GEWERKSCHAFTEN (IUL) IST EIN INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND, DER BESCHÄFTIGTE IN DER LANDWIRTSCHAFT UND AUF PLANTAGEN, IN DER ZUBEREITUNG UND HERSTELLUNG VON LEBENSMITTELN UND GETRÄNKEN, IN HOTELS, GASTSTÄTTEN UND CATERING-BETRIEBEN UND AUF ALLEN STUFEN DER TABAKVERARBEITUNG VERTRITT.

DER IUL GEHÖREN 399 MITGLIEDSGEWERKSCHAFTEN AUS 126 LÄNDERN AN, DIE MEHR ALS 10 MILLIONEN BESCHÄFTIGTE VERTRETEN.



www.iuf.org

Email: iuf@iuf.org

Post: Rampe du Pont-Rouge, 8, 1213 Petit-Lancy (Schweiz)

Telefon: + 41 22 793 22 33

Fax: +41 22 793 22 38